Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 325. Sonnabend den 23. November 1850.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Berlin, 22. Novbr. In der zweiten Kammer wurden mit großer Majorität Graf Schwerin als Präsident und Herr Simson als Vicepräsident gewählt.

In der ersten Kammer erhielt Graf Rittberg 85 und Herr Camphausen 45 Stimmen; der erstere wurde also als Präsident proklamirt.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Hamburg, 21. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Berlin-Hamburg 83. Köln-Minden 89.

Beim Schluß der Börse Kourse **unbestimmt,** da eben auf telegraphischem Wege ein Auszug der preußischen Thronrede angelangt war.

Hamburg, 21. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Getreide, Oel, Kaffee, unverändert. Zink, 1500 Zentner, loco 9 13/16.

Stettin, 21. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 34¼ bez. p. Frühjahr 38¼ Geld. Rüböl 11⅔ bez. Geld, p. März 10⅚ Geld. Spiritus 22, p. Frühjahr 20 Brief.

Frankfurt a. M., 20. Novbr., Nachmitt. 2 Uhr 30 M. Nordbahn 34½. 4½% Metalliq. 62. 5% Metalliq. 72. Bankaktien 1025. Loose 144½. 89½. Spanier 32 13/16. Badische Loose 30¼. Kurhessische Loose 30. Wien 93¼.

Oderberg, 20. Novbr. Gestern passirte ein schweres Kavallerie-Regiment mittelst Nordbahn von Wien nach Schlesien.

Paris, 19. November, Abends 8 Uhr. In der gesetzgebenden Versammlung fordert der Kriegsminister 3,400,000 Frks. für die Kosten der Rüstung. Dieser Antrag wird einer Spezial-Kommission überwiesen. Die gerichtliche Verfolgung Rouels und Miots wird den Bureaus zugewiesen. Eine Interpellation in Betreff der politischen Gefangenen wird auf morgen verschoben. Der Moniteur erklärt, daß die Mittheilung der „Patrie" in Betreff der Haltung Frankreichs, den deutschen Verhältnissen gegenüber nicht als offiziell zu betrachten sei. (S. das Nähere unter Frankreich.)

Paris, 19. November, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 60. 5% 93.

Amsterdam, 20. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Integrale 54 9/16. Spanische inländische Schuld 32⅝. 2½% Metalliques 37⅜. 5% Metalliques 70½. 5% neue Metalliques 75. Russische 4% Hope (1840) 85⅞. Russ. 4% Oblig. (Stieglitz und Comp.) 85⅛. Neue russische Anleihe 93.

Amsterdam, 20. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Raps p. November 56. Rüböl p. November 34¼, p. Frühjahr 35. Roggen preishaltend.

Uebersicht.

Breslau, 22. Novbr. Wir theilen in der heutigen Zeitung den Wortlaut der Thronrede, sowie den Bericht über die erste Sitzung der beiden Kammern mit. Die Sitzung der ersten Kammer war ganz unbedeutend, nur ist bemerkenswerth, daß hier schon Urlaubsgesuche vorliegen müssen, da die Beschlußnahme darüber auf die Tagesordnung der zweiten Sitzung gesetzt ist. In der Sitzung der zweiten Kammer wurde die Geschäftsordnung angenommen und das Bureau gebildet. — Auf telegraphischem Wege erfahren wir, daß heut in der Sitzung der ersten Kammer Appell.-Ger.-Präs. Graf Rittberg (gegen Camphausen) zum Präsidenten und in der zweiten Kammer Graf Schwerin zum Präsidenten und Professor Simson zum Vicepräsidenten gewählt worden sind.

Ueber die Eröffnung der Kammern, sowie über die Thronrede liefern unsere Berl. Korrespondenten weitere Details und Erörterungen.

Der Staats-Anz. theilt heut in der Beilage den Wortlaut der Antworten mit, welche die Unionsregierungen auf die bekannten Propositionen Preußens vom 8. Oktober hinsichtlich der Modalitäten des Fortbestandes der Union abgegeben. Den Inhalt dieser Antworten haben wir, so wie sie nach einander in Berlin eingingen, schon früher mitgetheilt.

Die kriegerische und somit gehobene Stimmung erhält sich in Kassel. Die Baiern sollen einen Handstreich auf Kassel versucht und beabsichtigt haben, sich der Ziegenhainer Straße zu bemächtigen. Manche wollen sogar von einem Zusammenstoß wissen. Soviel steht fest, daß die preußischen Truppen in großer Bewegung sind, daß sie ihre Vorposten weit vorgeschoben und ihre Positionen durch Verschanzungen befestigt haben. In Kassel sind preußische Reserven eingetroffen.

Am 19. November ist Hassenpflug in Kassel erschienen. Die Einwohner sind erstaunt und aufgeregt, strafen aber den Anstifter unsäglichen Unheils mit stiller Verachtung.

In Hanau haben bereits die Zwangsmaßregeln gegen die Mitglieder des Obergerichts begonnen. Es ist dieser Vorgang unerhört. Daß Gewalthaber deshalb Richter absetzen, weil sie das Unrecht nicht in Recht verwandeln wollen, ist schon vorgekommen, daß sie aber mit den strengsten Gewaltmaßregeln gezwungen werden sollen, eine Rechtsverletzung als einen Rechtsspruch zu verkünden, das ist neu. Die Richter sind aber der Verfassung und dem guten Rechte treu geblieben, sie haben unter der Erklärung: daß sie unter diesen Umständen kein Recht sprechen könnten, ihre Aemter niedergelegt und sich entfernt. Darauf haben die baierischen Soldaten die Wohnungen der Richter bezogen. Mit welchem Vandalismus der Bundestags-Kommissar, Graf Rechberg, selbst gegen die Behörden verfährt, geht unter anderem aus dem Faktum hervor, daß er am 18. den Magistrat um 12 Uhr zu sich beschied, und jedem, der nicht mit dem Schlage erscheinen würde, mit einer Einquartirung von 30 bis 50 Mann bedrohte. — Uebrigens ist die ganze Gegend von den Baiern so ausgesaugt worden, daß eine Hungersnoth zu befürchten ist, und die Truppen sich nur noch ein Paar Tage dort halten können.

Luxemburg hat sich von dem sogenannten „Bundestage" losgesagt. Die Kammer, sowie die Regierung haben beschlossen, den Bevollmächtigten von Frankfurt abzuberufen, und diese Versammlung nicht eher zu beschicken, als bis sie von allen deutschen Regierungen anerkannt sei oder dieselben sich an ihr betheiligt haben werden.

Aus der baierschen Pfalz haben sich die baierschen Truppen zurückgezogen. Nur bei Kaiserslautern sollen noch 3 Bataillone stehen, die jedoch bereit sind, mit jeder Minute abzumarschiren.

Die neuesten Berichte von der böhmischen Grenze melden den ununterbrochenen Anmarsch der österreichischen Truppen. Das Kloster Steindorf bei Liebwerda wird zu einem Militär-Lazareth eingerichtet, in Neustädtel sind für den 20. Novbr. Truppen angesagt, nämlich 600 Kroaten, nach Friedland kommt Artillerie und Kavalerie, nach Bergdorf 300 Jäger, nach Berndorf 600 Kroaten, nach Schönwald 600 Mann Infanterie, nach Rückersdorf 600 Mann (Polen) und nach Bernersdorf 600 Mann. F.-Z.-M. Jellachich wird in Reichenberg u. F.-M.-L. Graf Clam-Gallas in Friedland erwartet. Am 19. passirte ein schweres Kavalerie Regiment österreichisch Oderberg.

In Frankfurt a. M. findet jetzt eine lebhafte Truppenbewegung statt. Einestheils wird die dortige preußische Garnison gewechselt anderentheils nehmen die in Baden bisher garnisonirenden Preußen über Frankfurt ihren Rückzug. Am 19. Nov. sind bereits die ersten Kolonnen der aus Baden rückkehrenden Preußen in Frankfurt eingetroffen.

Der in Stuttgart einberufene ständische Ausschuß vom 10. August 1849 wird sich nicht versammeln, selbst die konservativsten Mitglieder haben sich geweigert, dem Rufe zu folgen. Der König von Würtemberg soll jetzt beschlossen haben, die Kammern von 1849 selbst einzuberufen.

Am 17. November theilte der Minister in der Landtags-Sitzung zu Weimar mit: daß die Regierung treu zu dem Bündniß vom 26. Mai 1849 gestanden und darauf gedrungen habe, daß die von dem Parlament zu Erfurt genehmigte Verfassung ausgeführt werde, allein sie sei in dem Fürstenkollegium nicht durchgedrungen. Sie werde auch ferner an dieser Verfassung festhalten.

Breslau, 22. November.

Wie ungewiß auch der Ausgang dieser Kammersession gegenwärtig noch erscheinen mag, Eines läßt sich schon jetzt mit Bestimmtheit voraussagen: sie wird über Preußens Zukunft definitiv entscheiden, entscheiden selbst dann, wenn es der Regierung wider Verhoffen mit dem reichen Vorrathe ihrer Mittel gelingen sollte, die Kammern aus der gegenwärtig herrschenden Uebereinstimmung und Entschiedenheit der Stimmung in die Gespaltenheit und Unentschiedenheit der Bedenken und sich durchkreuzenden Rücksichten zu verdrängen.

Jenes harmlose Prinzip des „Leben und Leben lassen," welches die letzte Session beherrschte, jene Idylle der auf Treue und Glauben hingegebenen 18 Millionen, jene Geschichte der Botschaft vom 7. Januar können diesmal nicht wiederkehren, und wenn sie wider alles Hoffen wiederkehren sollten, so wird auch so über Preußens Stellung nach Außen wie über seinen Konstitutionalismus durch die Kammern entschieden sein.

Die politische Gleichgiltigkeit, welche während der vorigen Session das Volk zu beherrschen schien, die anscheinende Uebereinstimmung mit den konstitutionellen Ansprüchen und den nationalen Wünschen des Volkes und der Kammern, welche das Ministerium damals an den Tag legte, konnten durch die scheinbare Gemeinsamkeit der Grundansichten ein System der Schmiegsamkeit erklären, welches bei einem Streite um ein bloßes Mehr oder Minder nicht gerade zu verdammen, bei einem Kampfe entschiedener Gegensätze aber ganz undenkbar ist.

Das hat sich geändert.

Die Anschauungen und Absichten der Regierung haben sich ebenso wie die Absichten und Wünsche des Landes geklärt und von fremden Beimischungen geläutert. Das Resultat dieser Gährung ist die Erscheinung eines scharfen Gegensatzes gewesen zwischen der Politik der gegenwärtigen Regierung, soweit dieselbe in amtlichen Akten und halbamtlichen Aeußerungen vorliegt und der Gesinnung des Volkes, wie sie durch alle Kanäle der freien Meinungsäußerung ans Licht getreten ist.

Zum ersten Male sind die Kammern in der Lage, sich entweder als eine Macht im Staate bewähren oder ihre völlige Bedeutungslosigkeit offenbaren, entweder die Politik, welche nimmermehr als die des Landes gelten kann, zum Weichen bringen oder selbst weichen zu müssen. Jede Vermittelung zwischen diesen Gegensätzen ist illusorisch.

Das Programm vom 2. November, im Allgemeinen gebilligt von den Kammern, aber mit einigen, der Volksgesinnung entsprechenden Zuthaten versetzt, ist schlimmer als der ungemischte, kahle Gegensatz der Volksgesinnung, denn es sichert uns nicht einmal den Frieden, für den die Opfer des 2. November gebracht wurden, es treibt uns, wenn auch etwas später, in einen Krieg, dessen Preise dann vornweg definitiv hingegeben sind.

Ein kriegerischer Aufschwung aber, vermittelt mit der Zaghaftigkeit, dem Kleinmuth und dem prinzipiellen Widerwillen der Politik des 2. November, möchte die beste Kraft des Landes einem gefährlichen Würfelspiele Preis geben. Wenn wir auch uns zwingen wollten, das Unglaubliche zu glauben, daß unsere gegenwärtigen Minister das ganz thun würden, was sie nie ganz zu wollen wagten, so würde doch keine Ueberredungsgabe der Welt im Stande sein, dieses für einen Kampf um Sein und Nichtsein unumgängliche, durch die unzweideutigsten Erklärungen und Handlungen unserer Minister tief erschütterte Vertrauen sogleich und allseitig wieder zu befestigen.

Freilich will man uns die Berechtigung absprechen, gerade jetzt jenen Gegensatz in seiner Schroffheit festzuhalten, freilich sucht man die berechtigte Forderung der Vereinigung aller inneren Parteien gegen den äußeren Feind auch auf das Verhältniß zu dem gegenwärtigen Ministerium auszudehnen. Aber man läßt dabei die wichtige Frage unerörtert: ob der Standpunkt des Ministeriums nicht etwa grade außerhalb des gemeinsamen Vereinigungspunktes der Parteien liegt, ob nicht etwa diejenigen Tendenzen, zu deren Bekämpfung die Parteien sich vereinigt haben, im Rathe der Minister eine Stütze finden.

Wir werden die Letzten sein, welche in diesem Augenblicke irgendwelche Sonderinteressen der Parteien hervorzuheben versuchen. Wir anerkennen die Nothwendigkeit der Selbstverleugnung, in dem weitesten Umfange, und sind bereit, so lange der Kampf um die gemeinsamen Güter der ganzen Nation dauert, alle diejenigen Forderungen zu vertagen, welche wir nur als Forderungen unserer Partei zu betrachten ein Recht haben.

Derselbe Geist der Versöhnlichkeit, welcher die Parteien gegen einander beseelt, wird sich allerdings auch der Regierung gegenüber bewähren müssen. Aber nicht in dem Sinne, in welchem die Organe der Regierung ihn predigen, nicht in dem Sinne, daß die Parteien, nachdem sie für einen gemeinsamen Zweck auf ihre Sonderexistenz verzichtet haben, der gegenwärtigen Regierung zu Liebe nun auch noch diesen Zweck ihrer Vereinigung und ihrer Resignation aufgeben sollten. Wenn jede Partei darauf verzichten muß, grade nur Männer, die ihr angehören, am Ruder zu sehen, so wird keine ein Ministerium unterstützen können, welches nicht die Bürgschaft gewährt, daß es die gemeinsamen Interessen aller Parteien energisch vertreten werde.

Preußen.

Berlin, 21. Novbr. Se. Majestät der König eröffnete heute Vormittag um 11 Uhr die durch die allerhöchste Verordnung vom 2. November d. J. zusammenberufenen Kammern in Person im weißen Saale des königl. Schlosses. Se. Majestät verlasen, nachdem Allerhöstdieselben auf dem Throne Platz genommen, nachstehende Thronrede:

Meine Herren Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer!

Inmitten einer schweren Zeit sehe Ich Sie mit Vertrauen wieder um Meinen Thron versammelt und heiße Sie von Herzen willkommen.

Seit dem Schlusse Ihrer letzten Sitzung ist Meine Regierung mit Eifer bemüht gewesen, die mit Ihnen vereinbarten organischen Gesetze ins Leben zu rufen. In allen Theilen des Landes ist die Einführung der Gemeinde-Ordnung begonnen worden und nur die in dem Gesetze begründete Berücksichtigung der mannigfaltigen bestehenden Verhältnisse hat ein gleichmäßiges Fortschreiten der Angelegenheit in den verschiedenen Theilen der Monarchie verhindert.

Obgleich das Geschäft der vorläufigen Veranlagung der Grundsteuer nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. Februar d. J. noch nicht überall beendigt ist, so wird Meine Regierung doch dafür Sorge tragen, daß Sie von den Resultaten der Arbeit möglichst bald Einsicht erlangen.

Die großartigen Eisenbahnbauten, zu deren Ausführung Meine Regierung durch Ihre Zustimmung in den Stand gesetzt ist, sind mit aller Kraft und mit Erfolg in Angriff genommen worden. Auch die sonstigen öffentlichen Arbeiten haben in befriedigender Weise Fortgang genommen und zur Verbesserung der Lage der dabei beschäftigten Klassen wesentlich beigetragen.

In Folge der fortschreitenden Befestigung des Vertrauens haben sich Handel und Gewerbe im Laufe des Jahres gehoben und zum Theil eines lebhaften Aufschwnnges erfreut. Der Schifffahrts-Verkehr in den Häfen des Landes ließ eine steigende Regsamkeit in den Unternehmungen erkennen. Die eingeführten Verbesserungen des Postwesens, denen sich ein umfassender Postvereinsvertrag mit anderen deutschen Staaten und Verhandlungen mit auswärtigen Regierungen zum Zweck der ferneren Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs angereiht haben, lassen ihren ersprießlichen Einfluß bereits erkennen.

Schon fingen Wir an, Uns der wiederkehrenden Sicherheit zu erfreuen, als ein Mordversuch gegen Mich selbst uns einen Blick in den sittlichen Abgrund eröffnete, an dem wir uns noch immer befinden. Ich rede nicht von Meinem Leben — es steht in der Hand des Allmächtigen — die Gefahr, aus der Ich wunderbar errettet worden bin, hat Mir die Genugthuung verschafft, unzählige Beweise von Anhänglichkeit und Treue aus allen Theilen des Landes zu empfangen; Ich rede von der tiefen Verwirrung aller Begriffe, welche zum Königsmord aufruft, von der Mißachtung göttlicher und menschlicher Gesetze, die bei dieser traurigen Gelegenheit zu bemerken gewesen ist.

Die Presse des Umsturzes trägt einen nicht geringen Theil der Schuld, und da es in der letzten Kammer-Sitzung nicht möglich war, die provisorische, als unzulänglich erkannte Preßverordnung vom 30. Juni v. J. zu berathen, so hat Meine Regierung es für ihre Pflicht gehalten, auf Grund des Art. 63 der Verfassungs-Urkunde eine weitere vorläufige Preßverordnung zu erlassen. Diese Verordnung sollte aber nur ein vorübergehendes Mittel zur Beseitigung offenkundiger Uebelstände sein. Es wird Ihnen deshalb zugleich mit derselben der Entwurf eines umfassenden, auf die Dauer berechneten Preßgesetzes vorgelegt werden. Bei der Berathung desselben werden Sie mit Meiner Regierung bemüht sein, die Ansprüche vernünftiger Freiheit mit den Bedingungen der Sicherheit des Staats und der Gesellschaft in Uebereinstimmung zu bringen.

Die Vorbereitungen zur Ausführung der in der Verfassungs-Urkunde enthaltenen Bestimmungen über das Verhältniß der Kirche zum Staat sind im unausgesetzten Betriebe, und Meine Regierung wird es sich angelegen sein lassen, die ihr hierin gestellte schwere Aufgabe in gebührender Berücksichtigung aller berechtigten Interessen möglichst bald zu lösen.

Der Entwurf des Unterrichtsgesetzes ist seiner Vollendung nahe. Nur der Umfang der Vorarbeiten macht es unmöglich, denselben Ihnen schon bei Eröffnung der Kammer-Sitzung vorzulegen.

Ein Gesetzes-Entwurf über die Medizinal-Verfassung wird Ihnen in nächster Zeit mitgetheilt werden.

Auch der lange vorbereitete Entwurf zum Strafrecht wartet Ihrer Berathung.

Die Vereinigung der hohenzollernschen Länder mit der Monarchie macht den Erlaß eines Wahlgesetzes für dieselben erforderlich; Ich empfehle Ihnen die beschleunigte Berathung dieses Entwurfs, denn Sie werden mit Mir wünschen, die Vertreter jener Landestheile bald in Ihrer Mitte zu sehen.

Meine Herren Abgeordneten! Aus dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1851 werden Sie entnehmen, daß nicht nur im Allgemeinen eine Steigerung der Staats-Einnahmen eingetreten, sondern auch auf möglichste Beschränkung der Ausgaben Bedacht genommen ist. Dennoch ist es nicht ausführbar, mit den gewöhnlichen Einnahmen den in Nachwirkung der Erschütterung des Jahres 1848 erhöhten Bedarf des Staats zu decken. Eine außergewöhnliche Anspannung der Steuerkraft des Landes ist deshalb nicht zu vermeiden. Die Prüfung der darauf gerichteten Vorschläge Meiner Regierung empfehle Ich Ihrer sorgsamsten Erwägung.

Ueber die Benutzung des Kredits von achtzehn Millionen Thalern zu militärischen Zwecken wird Ihnen vollständige Rechenschaft gegeben werden.

Noch sind aber die Gefahren, durch welche Sie zu jener Bewilligung vermocht worden, nicht beseitigt. Meine friedlichen Beziehungen zu den europäischen Großmächten sind zwar nicht unterbrochen, aber leider war Meine Absicht, den deutschen Staaten eine ihren Bedürfnissen entsprechende Verfassung zu verschaffen, bisher nicht zu erreichen. Ich halte an dem Gedanken, der Meinen bisherigen Bestrebungen zum Grunde liegt, in Hoffnung auf die Zukunft fest, werde aber dessen Verwirklichung auf neuen Grundlagen erst dann wieder aufnehmen, wenn über die künftige Gestaltung des gesammten deutschen Bundes entschieden sein wird.

Ich hoffe, daß die hierauf bezüglichen Verhandlungen bald zu einem gedeihlichen Ende führen werden.

Der Friede mit Dänemark ist abgeschlossen und ratifizirt, hat aber noch nicht in allen Punkten ausgeführt werden können.

In einem benachbarten deutschen Lande haben Zerwürfnisse der widerwärtigsten Art stattgefunden. Ein von einer Seite gemachter Versuch, in dieselben einzugreifen, drohte die Rechte Preußens zu verletzen und hat zu Mißverständnissen geführt, in welche wir unmittelbar verwickelt sind. Unsere auf die Bedingungen unserer geographischen und militärischen Lage gegründeten Einwendungen haben bei dem Landesherrn und bei seinen Verbündeten bisher nicht die gehörige Beachtung gefunden. Außerdem haben auch in Gegenden, welche fern von dem Schlauplatze jener Verwicklungen liegen, in der Nähe unserer Gränzen Truppen-Zusammenziehungen stattgefunden, durch welche die Sicherheit der Monarchie bedroht ward. Da habe auch Ich das lange Beanstandete nicht länger aufschieben dürfen, Ich habe die volle Kriegskraft des Landes aufgerufen, mit Stolz und Freude sehe Ich, daß Mein wehrhaftes Volk sich allenthalben erhebt wie Ein Mann und sich Meinem in Tapferkeit und Treue bewährten Heere anschließt.

In kürzester Zeit werden wir stärker gerüstet dastehen als jemals in alten oder je in neuen Zeiten. Wir suchen nicht den Krieg, wir wollen Niemandes Rechte schmälern, Niemanden unsere Vorschläge aufzwingen, aber wir fordern eine Einrichtung des Gesammt-Vaterlandes, die unserer gegenwärtigen Stellung in Deutschland und Europa angemessen ist und der Summe der Rechte entspricht, welche Gott in unsere Hand gelegt hat. Wir haben ein gutes Recht, das wollen wir vertheidigen und so lange in kräftiger Rüstung unter den Waffen bleiben, bis wir der Geltung dieses Rechts gewiß sind.

Das sind wir Preußen, das sind wir Deutschland schuldig.

Ich hoffe, daß unsere Erhebung genügen wird, unser Recht zu wahren, sie ist, wenn dieses erreicht wird, gefahrlos für die Ruhe von Europa, denn Mein Volk ist in demselben Maße besonnen, wie es kräftig ist.

An Ihnen, Meine Herren, ist es, Mir die Mittel zu gewähren, durch welche die Erreichung des Zweckes bedingt ist. Ich beklage die Opfer, welche deshalb der Nation auferlegt werden müssen, aber Ich weiß, Ihr Eifer, Meine Herren Abgeordneten, wird hinter dem des gesammten Volkes nicht zurückbleiben. Sie werden den Beweis liefern, daß unsere Verfassung, an der Ich unverbrüchlich festhalte, ein kräftiges Handeln Preußens nicht lähmt, sondern fördert.

Und wie in dem Aufschwung des Momentes alle Parteien im Volke verschwunden sind, wie Volk und Heer sich mit Mir und unter einander Eins fühlen, so werden auch Sie, die Vertreter dieses herrlichen Volkes, einmüthig und fest zu mir stehen in den Gefahren der Gegenwart.

Wohlan denn: unsere Loosung sei: „Eintracht in Treue, Gottvertrauen in Einem Geiste — im alten echten preußischen Geiste."

Damit hat uns Gott oft und weit geholfen. und wird uns noch weiter helfen.

Das ist Meine Zuversicht!

Nach Verlesung der Thronrede erklärte der interimistische Vorsitzende des Staatsministeriums, Staatsminister v. Ladenberg, die Kammern für eröffnet. — Se. Majestät verließen hierauf, von einem dreimaligen Hoch der Versammlung begleitet, den Saal. (Staats-Anz.)

Erste Kammer.

Unmittelbar nach Eröffnung der Kammern durch Se. Majestät den König trat die erste Kammer in ihrem Lokal zu einer vorbereitenden Sitzung zusammen. Zum Alterspräsidenden wurde bestimmt der Abg. Fonck, Steuer-Empfänger aus Goch bei Cleve, und zu Sekretären die 4 jüngsten Abgeordneten, die Herren Landrath v. Heyden, Landrath v. Münchhausen, Ober-Reg.-Rath Delius und Kammerherr v. Elsner. Die erste Sitzung wird morgen um 10 Uhr stattfinden; zur Berathung gelangen die Geschäftsordnung, Urlaubsgesuche und Anderes.

Zweite Kammer.

Der Abg. Lensing eröffnete um 12½ Uhr die Sitzung mit folgender Ansprache: Unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten soll die Kammer eröffnet werden. Bei Eröffnung der letzten Sitzungsperiode wurde mir die Ehre des Amts eines Alterspräsidenten zu Theil. Ich bin 66 Jahr alt und bitte die Herren, welche älter sind, sich geneigtest zu melden. (Eine Stimme: ein Abg. aus Königsberg ist 67. — Wo ist er? — Stille. Eine andere Stimme: ich bin 66 Jahr 9 Monate) und ich 66 Jahr 11 Monate. (Heiterkeit.) — Der Abg. Lensing wird somit zum Alters-

präsidenten ernannt und besteigt den Präsidentenstuhl mit folgender Anrede:

Meine Herren! Abermals berufen zu dieser Stelle, nicht durch mein Verdienst, sondern durch mein Alter, nehme ich sie ein unter dem tiefen Eindruck, den die eben verlesene Thronrede auf uns gemacht hat, und unter dem Gefühle, welches die ernste Lage unseres Vaterlandes erheischt. Nicht meines Amtes ist es, nein, es ist das Amt Aller, diesem Gefühle Worte zu leihen. Eine Adresse, welche wir an den Stufen des Thrones niederzulegen haben, wird dies Gefühl aussprechen, das Gefühl, wie es die Erwartungen des Vaterlandes von uns fordern, das Gefühl, für die Verherrlichung des Thrones und das Heil unsers Vaterlandes zu sorgen. — Ich frage sodann die hohe Versammlung, ob sie damit einverstanden ist, daß wir unsere alte Geschäfts-Ordnung beibehalten wollen, und, wenn kein Widerspruch erhoben wird, daß es geschehen soll. (Es erfolgt kein Widerspruch.) Nach diesem gehe ich dazu über, das Bureau zu konstituiren, und fordere die vier jüngsten Mitglieder auf, sich zu melden. (Die Abgeordneten Scheerer, Hirsch, Linhof und Meyer melden sich und werden zu Schriftführern ernannt.) Die Versammlung schreitet darauf zur Verloosung der Abgeordneten in die Abtheilungen.

Schluß der Sitzung um 1¼ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Wahl des Präsidenten und der Schriftführer.

△ **Berlin**, 21. November. [Eröffnung der Kammern.] Um 11¼ Uhr war der weiße Saal von Abgeordneten gefüllt; zur Rechten des Thrones rothe Sessel für die Prinzen des Hauses, zur Linken Rohrstühle für die Minister. Der Prinz von Preußen und der interimistische Ministerpräsident v. Ladenberg standen auf beiden Seiten des Thrones in seiner unmittelbaren Nähe. Der König wurde schweigend von der Versammlung empfangen, grüßte, bedeckte sich mit dem Helm und verlas die Thronrede, Anfangs etwas monoton und durch Kurzsichtigkeit stellenweise aufgehalten, dann immer belebter und gegen den Schluß hin mit starkem Ausdruck, lebhafter Bewegung und Betonung. Besonders stark accentuirte er die Zerwürfnisse der „widerwärtigsten" Art (in Kurhessen) und das „unverbrüchliche" Festhalten an der Verfassung; der letztere Passus wurde von der Versammlung mit lautem Zurufe aufgenommen, so wie der Schluß der Thronrede fast Satz für Satz von wiederholtem Beifall unterbrochen. Bei dem Lebehoch, das nach der Verlesung dem Könige ausgebracht wurde, schwang der Prinz von Preußen sehr lebhaft seinen Helm; ein Theil der lebhaften Akklamationen soll dem Prinzen gegolten haben, doch konnte ich von meinem Platze aus nicht hören, daß sein Name genannt wurde. Der Eindruck der Thronrede, die mit Blitzesschnelle im Publikum verbreitet war, (das Extrablatt der Deutschen Reform allein war zur Mittagszeit in 2000 Exemplaren abgesetzt, dazu ein aparter Abdruck der Deckerschen Offizin u. a. mehr) — der Eindruck der Thronrede ist im Allgemeinen der, daß sie mit großer Vorsicht die brennenden Fragen umgeht und der friedlichen wie der kriegerischen Stimmung der Bevölkerung gleichzeitig mit Geschick Rechnung trägt; die Börse und die Großmächte erhalten Friedensversicherungen, und denen, die den Krieg wünschen, ist doch auch nicht alle Aussicht auf diese Chance benommen; Folge davon war, daß die Kourse auf der hiesigen Börse einen beträchtlichen Rückgang erlitten. Ruhige Beobachter, die sich durch den aufregenden Eindruck großer öffentlicher Akte nicht gleich hinreißen lassen, geben auf die Thronrede überhaupt nicht viel, ohne ihr damit einen Vorwurf zu machen; wie die Sachen jetzt liegen, ist sie nicht mehr und nicht minder als ein diplomatisches Aktenstück, das die schwebenden Fragen mit einer gewissen Offenheit und doch zugleich mit Zurückhaltung über das wahre Sachverhältniß behandeln muß. Die Exekution gegen Holstein hat sie gar nicht berührt, obwohl auf diesen Punkt die Spannung des Landes wie die Thätigkeit der Unterhändler am angestrengtesten gerichtet sind. Der Herzog von Braunschweig, welcher gestern früh von hier wieder abgereist ist, hat Aussicht, in seinem Widerstande gegen den Durchmarsch der Oesterreicher von Preußen unterstützt zu werden; sogar Herr v. Manteuffel ist für diese Unterstützung, obwohl er selbst in seiner Depesche vom 3. November die Exekution gestattet hatte; ohne Zweifel dachte er damals nicht daran, daß sie braunschweigsches Gebiet berühren müsse, auch waren die Sinne der Nation damals noch nicht durch die Mobilmachung so geschärft, wie heute. Während der Verlesung der Thronrede schaute er ernst und nachdenklich vor sich hin, Ladenberg blickte guten Muthes in das Plenum der Versammlung. Der österreichische Gesandte, Herr v. Prokesch, der in weißer Uniform auf der ersten Bank der Diplomaten-Tribüne neben Nothomb saß und bei dem Passus, der vom Attentate und „der Presse des Umsturzes" handelt, seinen Kollegen beifällig zugenickt hatte, verließ nach beendetem Vortrage sehr heiter das Schloß, durchaus nicht wie Jemand, der seine Pässe fordern wird. „Ich hoffe", sagte die Thronrede, „daß die auf die Gestaltung des gesammten deutschen Bundes bezüglichen Verhandlungen bald zu einem gedeihlichen Ende führen werden." Wegen des Ortes der freien Konferenzen wird man keinen Krieg führen, in Kurhessen sistirt man den Ausbruch der Feindseligkeiten nach Belieben — bleibt also nur noch die Exekutions-Frage übrig, die Herr von Manteuffel ebenfalls vor die freien Konferenzen bringen zu wollen scheint.

§§ **Berlin**, 21. Nov. [Die Thronrede.] Gleichzeitig mit diesen Zeilen geht Ihnen die heutige Thronrede zu und Sie werden daraus entnehmen, daß diejenigen Recht hatten, welche voraussagten, der Paragraph über die auswärtigen Verhältnisse werde weder im Sinne des Friedens noch im Sinne des Krieges, sondern eben in jenen allgemeinen Ausdrücken sich bewegen, wie sie bei offiziellen Ansprachen stets gebräuchlich sind, wenn man noch nicht mit faits accomplis an die Oeffentlichkeit treten kann. Nur das ist aus der Thronrede ersichtlich, daß die Regierung die angeordneten Rüstungen so lange fortzusetzen und aufrecht zu halten gedenkt, bis die von ihr bei der Neugestaltung Deutschlands geltend gemachten Rechte anerkannt worden sind. Welches die „Summe dieser Rechte" ist, darüber ist nichts gesagt, und das wird eben Gegenstand der Diskussion zwischen Herrn von Manteuffel und den Kammern werden. Die Thronrede meldet, daß die in der vorigen Session zu militärischen Zwecken bewilligten 18 Mill. verwendet sind, und daß, um das Heer unter den Waffen zu erhalten die Steuerkraft des Landes außerordentlich angespannt werden müsse. Die Regierung wird also eine Vorlage behufs der Erhöhung der Steuern oder der Einführung einer neuen Steuer machen. So wird denn die Regierung auch veranlaßt werden, jetzt endlich ihr Programm der deutschen und auswärtigen Politik vorzulegen. Es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Interpellation, die das Ministerium nach Belieben beantworten oder nicht beantworten kann und mit deren Beantwortung, so ungenügend sie auch ausfallen mag, die Kammer sich zufrieden geben muß. Diesmal ist die Frage die? ist die Politik des Ministeriums eine solche, daß ihm vertrauensvoll die Mittel überantwortet werden können, über die Wehr- und Steuerkraft des Volkes zu verfügen. Bisher, darüber sind heute die Meisten einig, ist ein solches Vertrauen gänzlich ungerechtfertigt. Es beruhigt uns in keiner Weise, wenn das Staatsministerium die Ereignisse in Kurhessen „Zerwürfnisse der widerwärtigsten Art" nennt. Denn, während es zugiebt, daß der von „einer Seite" also von Frankfurt her gemachte Versuch, in dieselbe einzugreifen, die Rechte Preußens zu verletzen droht, steht mit diesem Bekenntniß der angeordnete Rückzug aus Fulda in schroffem Widerspruch. Jener Rückzug durfte nicht stattfinden, wenn Preußens Rechte dabei Gefahr liefen, verkümmert zu werden. Herr Manteuffel wird nun in die Lage kommen, diesen Widerspruch zu erklären. Gerechtes Erstaunen erweckt aber die an die Abgeordneten gerichtete Mahnung: „Sie werden den Beweis liefern, daß unsere Verfassung ein kräftiges Handeln Preußens nicht lähmt, sondern fördert." Diese Worte erinnern lebhaft an ähnliche, welche im Jahre 1847 gesprochen wurden. Damals wurden dieselben zwar mit Schmerz, jedoch mit Achtung aufgenommen, denn sie waren Ausdruck persönlicher Anschauung des damals noch nicht konstitutionellen Königs. Heute aber, wo sie von einem verantwortlichen Ministerium dem unverletzlichen Träger der Krone in den Mund gelegt werden, müssen sie der allerstrengsten Kritik unterliegen. Wer traut wohl den Kammern zu, daß sie Angesichts des neuerstarkten Geistes des preußischen Volkes, daran denken werden, ein kräftiges Handeln der Regierung zu lähmen? Ist es nicht vielmehr die allgemeine Stimme der Nation, — die, soviel man bis jetzt weiß, auch in der Majorität der Abgeordneten ihren Wiederhall gefunden, — welche die Politik des jetzigen Ministeriums des Mangels an Energie zeiht? Also in diesem Sinne genommen, war jene Ermahnung beinahe unnöthig. Soll dieselbe aber den Sinn etwa haben, daß die Kammern blindlings, ohne zu wissen wofür und wozu, alles bewilligen, sich auf Gnade oder Ungnade übergeben sollen, dann dürfte die Mahnung eben so fruchtlos sein, als im Jahre 1847 die von den Regierungskommissären versuchten Einschüchterungsmittel. Eine hohle, persönliche systematische Opposition werden die Kammern sicherlich nicht machen, der Ernst unsrer Lage ist zu furchtbar, als daß jene Männer leichtsinnigerweise neben den äußeren noch innere Gefahren über uns heraufbeschwören sollten. Eben so wenig aber ist von ihnen da Nachgiebigkeit zu erwarten, wo dieselbe den Pflichten gegen das preußische Volk, ja gegen den preußischen Königsthron entgegenliefe. — Anerkennen muß man aber die wiederholte Versicherung, die der König in seinem Namen ausspricht, daß er an der Verfassung unverbrüchlich festhalten werde. In Petersburg und in Wien wird man jetzt wissen, daß, um die Verfassung in Preußen zu beseitigen, es zuvörderst gelingen müßte, einen königlichen Eid ungeleistet zu machen. — Hinsichtlich der heutigen Eröffnungssitzung ist noch zu konstatiren, daß der Schluß der Rede, wo Se. Majestät mit kräftiger Betonung an die Eintracht und den alten ächten preußischen Geist appellirten, von Abgeordneten und Zuhörern mit begeistertem Beifallsrufe aufgenommen wurde, ein neues Zeichen, daß die Stunde gemeinsamer Gefahr nur ein einig Volk finden wird. — Zum Schluß muß ich noch des Gerüchtes erwähnen, demzufolge Herr v. Radowitz wieder hier anwesend, und mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt wäre.*)

Berlin, 21. Novbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Polizei-Inspektor Eduard Maaß in Berlin den Charakter als Polizeirath zu verleihen.

Angekommen: der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am päpstlichen Hofe, Kammerherr v. Usedom, von Kartlitz. — Abgereist: Se. Hoheit der Herzog Eugen von Württemberg, nach Köslin.

[Folgende Petition an die Kammern] wird in hiesiger Stadt von Unterschriften bedeckt und in den nächsten Tagen übergeben werden:

Hohe Kammern! In Ehrfurcht nahen Unterzeichnete mit der Bitte: Der hohen Landesvertretung möge gefallen:

I. mit allen gesetzlich und verfassungsmäßig zustehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der Umsturz der Staatsverfassung in dem zur Union gehörigen Kurhessen verhütet und überhaupt der gemeingefährliche Grundsatz einer mißbräuchlichen Anwendung abgeschafter Bundesgesetze auf bestehende Rechtsordnungen auch nicht thatsächlich anerkannt werde;

II. mit allen gesetzlich und verfassungsmäßig zustehenden Mitteln zu wirken, daß den Herzogthümern Schleswig-Holstein die durch den Friedensvertrag vom 2. Juli d. J. gewährleistete Freiheit, ihr von ganz Deutschland anerkanntes Recht mit den Waffen zu vertheidigen, unangefochten bleibe, sowie daß der Durchmarsch einer zur Entwaffnung ihres Heeres bestimmten Truppenmacht durch das Gebiet Preußens, Braunschweigs, Hannovers oder anderer Unionsstaaten nimmermehr geduldet werde;

III. mit allen gesetzlich und verfassungsmäßig zustehenden Mitteln dahin zu wirken, daß keine Gesammtverfassung für Deutschland oder einzelne Theile desselben Geltung erlange, welche nicht zuvor von Abgeordneten des preußischen Volkes geprüft und genehmigt worden, und welche mit den Beschlüssen des ehemaligen Bundestages vom 10. und 30. März und 7. April 1848, wie mit den feierlichen Worten Sr. Majestät des Königs vom 18ten März 1848 und 15. Mai 1849 in Widerspruch stände;

IV. mit allen gesetzlich und verfassungsmäßig zustehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die durch das Staatsgrundgesetz gewährleisteten Volksrechte in keiner Weise verkümmert werden, insbesondere die Freiheit der Presse und die Unabhängigkeit des Richterstandes wiederhergestellt, das Recht der Kirche, sich aus ihrem eigenen Geiste frei zu gestalten, gewaltsamen Deutungen enthoben, zur Wahrheit werde;

V. mit allen gesetzlich und verfassungsmäßig zustehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die großen Opfer, welche unser Volk dem in seiner Ehre gefährdeten Vaterlande zu bringen verlangt, nur unter Bürgschaften ihm auferlegt werden und daß Se. Maj. der König deshalb Männer in seinen Rath berufe, welche von dem verdienten Vertrauen des Landes getragen werden.

Hohe Kammern! In Betreff dessen, was Noth thut, herrscht in Preußens Volk und Heer Uebereinstimmung; die öffentliche Meinung ist unzweideutiger denn jemals. Verleihen Sie dem Willen des Volkes die verfassungsmäßige Autorität Ihrer Beschlüsse. Einst, im Jahre 1813, gab ein unvergeßlicher preußischer Landtag das Signal zur Befreiung Deutschlands. Thun Sie das Gleiche!

Wie in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit, so sind auch in der kurhessischen die Unterhandlungen noch fortwährend in der Schwebe. Oesterreich hat sein Verlangen, daß Kurhessen gänzlich geräumt werde, noch keineswegs zurückgenommen. Es besteht noch darauf, daß die Etappenkonvention Preußen keineswegs berechtige, die Etappenstraßen dauernd zu besetzen, und noch weniger sind von der kurhessischen Regierung die Reklamationen in dieser Beziehung bis jetzt zurückgenommen. (N. Ztg.)

Die Urw.-Ztg. schreibt: Durch allerhöchste Kabinets-Ordre vom 15. d. Mts. ist Sr. königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen der Befehl ertheilt worden, eine Truppen-Concentration auszuführen, zu welcher auch das Garde-Corps gehört. Der Prinz von Preußen hat demzufolge heute Mittag einen Parole-Befehl an das Garde-Corps erlassen, in dem es heißt: „Der Geist, der dasselbe belebt, die Tapferkeit und der Muth, den die einzelnen Theile desselben auf verschiedenen Kampfplätzen gleichmäßig bewiesen haben, und wovon ich Augenzeuge selbst theilweise sein konnte, sind mir Bürge, daß, wenn der entscheidende Augenblick eintritt, jeder Einzelne sein Leben einzusetzen bereit ist, um Preußens Ehre gegen jede Antastung zu wahren. Kameraden! in dieser Gesinnung laßt uns nun zusammenhalten und treu unserm Eide die Befehle des Königs erwarten."

Im II. Frankfurter Wahlbezirk ist an Stelle des ausgeschiedenen Ober-Staats-Anwalts Sethe der Kammergerichts-Assessor Humbert zum Abgeordneten für die I. Kammer gewählt worden. Derselbe hat die Wahl angenommen. (C. C.)

Bei der gestern abgehaltenen Neuwahl eines Abgeordneten zur II. Kammer für den IV. Potsdamer Wahlbezirk (Jüterbogk) ist der frühere Abgeordnete, Kreisgerichts-Direktor Maske zu Jüterbogk mit 200 gegen 2 Stimmen wieder gewählt worden und hat die Wahl angenommen. (C. C.)

Am 19. d. M. kamen hier 693 Personen an und reisten 593 ab. — Angekommen: Der k. k. österreichische Kämmerer und Kabinets-Kourier Graf v. Sandor und der k. k. österreichische Gesandte am k. spanischen Hofe, Graf v. Esterhazy, von Wien, der k. k. österreichische Geschäftsträger am k. schwedischen Hofe, Graf v. Szechényi, von Hamburg, der großherzogl. badische Legationsrath Freiherr v. Meysenbug, aus Karlsruhe. Abgereist: Der französische Kabinets-Kourier de l'Allemand, nach St. Petersburg.

*) Die Anwesenheit des Herrn v. Radowitz, der durch den Telegraphen von Erfurt nach Berlin gerufen sein soll, wird auch bereits von Berliner Zeitungen gemeldet. Red.

Deutschland.

Kassel, 19. Novbr., Morgens. [Aus dem preußischen Lager.] Aus Hersfeld wird von lebhaften Bewegungen der preußischen Truppen berichtet, welche, nachdem der s. g. Bundestag den s. g. Waffenstillstand nicht anerkannt hat, sich auf der ganzen Linie befestigen und ihre Vorposten weiter vorschieben. Vorgestern galt es, wie man sagt, einem auf der Staatsbahn versuchten Handstreich der Baiern auf Kassel zuvorzukommen. Ein ähnliches Manöver soll bereits vor etlichen Tagen von den Baiern versucht worden sein. (N. H. Z.)

** **Kassel**, 19. November. [Aus dem preußischen Lager.] Unsere kriegerischen Nachrichten von gestern haben sich zum Theil nicht bestätigt. Der Allarm auf der ganzen preußischen Linie war dadurch entstanden, daß man Kunde von einem beabsichtigten Handstreich der Baiern auf Kassel erhalten hatte. Man sagt, sie hätten das preußische Armeekorps umgehen und sich der Ziegenhainer Straße nach Kassel bemächtigen wollen. Der Bundestag in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt soll ganz außerordentlich zur Eile antreiben und hat deshalb auch den Waffenstillstand nicht anerkannt. Gewiß ist, daß das preußische Armeekorps seine jüngsten Kantonnements verlassen und sich auf der Fuldaer Straße zusammengezogen hat und daselbst verschanzt. Mit vieler Bestimmtheit wird versichert, daß ein abermaliger Zusammenstoß der Vorposten bei Neukirchen stattgefunden habe. — Hier ist eine Veränderung nicht eingetreten. — Die Landtagswahlen sind im Bezirke Kassel im vollen Gange. So weit das Ergebniß aus den Landgemeinden bisher bekannt wurde, läßt sich die Wahl des Bezirks-Direktors Sezekorn als gesichert betrachten. Kassel wird seine jüngsten Deputirten Schwarzenberg und v. Schenk, geh. Rath, wieder wählen. Obgleich vom Ministerium noch kürzlich ein Ausschreiben erlassen wurde, mit den Wahlen nicht vorzuschreiten, so hindert das doch Niemanden, das Gegentheil zu thun.

** **Kassel**, 20. November. Seit gestern befindet sich der Staatsminister Hassenpflug in unsern Mauern. Ueber den Zweck seines Hierseins verlautet nichts mit Gewißheit. Die Aufregung der Gemüther über diese Kühnheit ist groß; aber dennoch können wir dem gesetzlichen Sinne der Bevölkerung und dem bisher bewiesenen Takt derselben vertrauen, so daß wir nicht den geringsten Exzeß befürchten. — Sonst hat sich nichts von Belang ereignet.

Die Neue Hess. Ztg. meldet: „Heute ist ein Theil der zu den preußischen Truppen in Hessen gehörigen Reservemannschaften hier angemeldet worden. Die preußischen Truppen selbst sind seit einigen Tagen wieder von besserer Zuversicht erfüllt und geben sich ernstlich der Hoffnung hin, daß die Demüthigungen, denen ihr militärisches Gefühl in der letzten Zeit ausgesetzt war, ihre Endschaft erreicht haben. Die Bevölkerung nimmt, wie überhaupt in Leid und Freud, herzlichen Antheil an den Empfindungen der wackern Krieger. Das Gröbensche Armeekorps soll neue Verstärkungen erhalten haben und hat seine Linien erweitert und avancirt bis Burghaun auf der Straße nach Fulda. Die schärfsten Befehle sind gegeben und an ein Hinduchschlüpfen baierischer Mannschaften ist nicht zu denken. Die s. g. „Bundesarmee" steht 22,000 Mann stark im Fuldaischen und hat ihre s. g. Exekutions-Aufgabe mit solcher Energie vollzogen, daß im ganzen Lande weit und breit nichts mehr aufzuessen ist und die Armee laut eigner Erklärung des Kommandirenden sich mit Mundvorrath höchstens noch 6 Tage in jenen Gegenden würde halten können. Sie werden dann ihre siegreichen Waffen in ein glücklicheres Land tragen müssen. Aber den verfassungstreuen, unerschütterlichen Sinn seiner Bewohner, den haben sie Gottlob nicht aufgegessen, würden ihn auch wohl nimmer verdauen können, denn er würde ihnen Bauchgrimmen machen. Gerühmt wird das humane und billige Benehmen des Fürsten von Thurn und Taxis im Gegensatze zu dem hochfahrenden, übermüthigen Treiben des sog. Bundeskommissars Rechberg und seines Genossen Scheffer. Hr. v. Rechberg sucht sich durch den ungenirtesten Gebrauch der neu erfundenen Methode des Despotismus mittelst starker Einquartirungen furchtbar und gefürchtet zu machen. So läßt er z. B. einem Magistrat befehlen, ihm bis 12 Uhr Mittags aufzuwarten. Welches Mitglied nicht komme, erhalte 50 Mann Einquartirung. Dem Obergericht in Hanau ist vorgestern folgender Beschluß des Bezirksdirektors Harbordt zugegangen:

Auszug aus dem Protokolle der kurfürstlichen Bezirksdirektion des Verwaltungsbezirks Hanau. Hanau, den 17. November 1850.

Nr. 10948. Der Kommandant der Bundestruppen in Hanau, Herr Oberst v. Heß ersucht, den Mitgliedern des hiesigen Obergerichts einen in Folge einer Requisition des Bundes-Civilkommissars Hrn. Grafen v. Rechberg erlassenen Beschluß des Hauptquartiers vom 16. d. Mts., wonach dem Hrn. Oberger.-Dir. Mackeldey und einem Jedem der übrigen Mitglieder des hiesigen Obergerichts militärische Exekution von 15—30 Mann unter der Androhung eingelegt werden soll, daß nach Ablauf von 8 Tagen im Fall des beharrlichen Ungehorsams, bezüglich ihrer Weigerung in Anwendung und Einziehen des gesetzlichen Stempels, nach Befinden eine Verstärkung der Einquartirung oder auch sofortige Stellung vor ein Kriegsgericht erfolgen werde.

Beschluß. In Folge des gestellten Ersuchens beehre ich mich, kurfürstl. Obergericht dahier von vorstehendem Beschluß Kenntniß zu geben. Harbordt.

In Folge dessen ist denn auch noch an demselben Tage bei den verschiedenen Mitgliedern des Obergerichts die Exekution eingerückt. Das Kollegium hat dem Vernehmen nach sofort eine Sitzung gehalten und beschlossen, daß man die zugefügte Gewalt faktisch nicht hindern, sich aber dadurch nicht zu rechtswidrigen Dekreten bestimmen lassen könne.

Hanau, 18. Novbr. [Das Recht wird durch baiersche Bajonette vertrieben.] Heute sind zur Vollziehung des Bundesbeschlusses vom 21. September d. J., sowie zur Geltendmachung der kurfürstlichen Verordnung vom 4. desselben Monats, die Forterhebung der Steuern und Abgaben betreffend, Executionsmaßregeln zur Anwendung gebracht worden. Das hiesige Obergericht verwendet bekanntlich, wegen mangelnder ständischer Verwilligung, kein Stempelpapier zu seinen gerichtlichen Decreturen; **um nun diesem Gerichtshof die Ueberzeugung von der Irrthümlichkeit seiner Rechtssprechung zu geben, haben heute dessen sämmtliche Mitglieder Executions-Kommando's von 15 bis 30 Mann königl. baierscher Truppen in ihre Wohnungen eingelegt erhalten.** Bereits heute erklärten in der eben eröffneten Schwurgerichtssitzung die beiden **Assisen-Präsidenten, daß sie unter diesen Verhältnissen nicht Recht sprechen könnten, und hoben sofort die Sitzung auf, was im ganzen Publikum einen äußerst betrübten Eindruck hervorrief.** Ein Gerichtsmitglied hat seine Entlassung eingereicht, andere werden vielleicht diesem Beispiele folgen, noch andere haben sich auf einige Tage von hier entfernt, ihre leer stehenden Wohnungen sind aber von den Executionstruppen okkupirt. — Solche Vorgänge erfüllen auch die Gemüther der **streng Conservativen mit bangen Besorgnissen, indem die Rechtsunsicherheit dadurch vermehrt, die Verwirrung der Rechtsbegriffe gesteigert wird.** (So schreibt selbst das Bundestags-Organ, die Frankf. Ober-Postamts-Ztg.)

Frankfurt a. M., 19. November. [Truppen-Bewegungen.] Frankfurt ist von heute an der Mittelpunkt einer ziemlich umfänglichen Truppenbewegung geworden, die dem Vernehmen nach mindestens 8 Tage lang andauern dürfte. Heute früh 8 Uhr nämlich ging das unserer Garnison zugehörige Musketier-Bataillon des königlich preußischen 31. Infanterie-Regiments auf der Main-Weser-Bahn von hier nach Butzbach ab, von wo aus es den Weg nach dem 3 Stunden von dort entfernten Gießen zu Fuß zurücklegen und in dieser Stadt übernachten wird. Von dort aus wird es sofort zunächst seinen Marsch über Marburg fortsetzen. An die Stelle dieser Truppen rückte um die Mittagsstunde ein Bataillon des 28. Regiments hier ein. Es war von Heidelberg auf der Main-Neckar-Bahn hierher gebracht worden, und hatte seither in und bei Weinheim gestanden. Morgen wird das Füsilier-Bataillon des 31. Regiments von hier desselben Weges wie vorgedachtes Bataillon ziehen und ebenfalls sofort durch das auf nassauische Ortschaften der Umgegend seit etwa 14 Tagen einquartirte Füsilier-Bataillon des 28. Regiments ersetzt werden. Zum Empfang der heute eingerückten Truppen hatte sich der Oberbefehlshaber unserer Garnison, der kaiserlich österreichische FML. Graf v. Leiningen in Begleitung eines zahlreichen Stabes und des baierischen und des frankfurter Musikchors auf den Bahnhof begeben, um es in die Stadt zu führen, wo es sofort die so eben von seinen Kameraden verlassene Kaserne bezog. Auch die hier stehende Abtheilung königl. preuß. Ulanen soll in diesen Tagen von hier abgehen und durch eine Husaren-Abtheilung von gleicher Stärke ersetzt werden. Endlich wird am Donnerstag das zu Höchst und Umgegend seither stehende Bataillon des königlich preußischen Garde-Reserve-Infanterie-Regiments den Rückmarsch nach Potsdam antreten. Außerdem sollen noch 6 preußische Bataillone, die seither in Baden standen, in eben so viel Tagen auf der Main-Neckar-Bahn bis Frankfurt befördert werden. (Ref.)

[Nachrichten aus der baierischen Pfalz] melden, daß von dort, mit Ausnahme der Festungen Landau und Germersheim, fast alle Truppen weggegangen sind. Aus den Kasernen haben sie sogar, z. B. in Zweibrücken, die Betten mitgenommen. Nur bei Kaiserslautern sollen noch drei Bataillone stehen, die jedoch, in der Ueberzeugung, sich bei einem Einmarsche der Preußen nicht halten zu können, ihre Effekten gepackt und zum Theil schon fortgeschickt haben. (C.C.)

Stuttgart, 16. November. [Verschiedenes.] Der „Württemb. Ztg." zufolge ist in Reutlingen österreichische Einquartierung angemeldet. Wie es heißt, sind diese Truppen dazu bestimmt, nach dem Abzuge der Preußen aus Baden Rastatt zu besetzen. — Der alte ständische Ausschuß vom 10. August 1849 kommt nicht zusammen; selbst die konservativen Mitglieder desselben haben den Eintritt abgelehnt. Dieses Nichtzusammenkommen des alten Ausschusses dürfte die Regierung doch bedenklich machen, gegen den neuen, der fortwährend auf seiner Berechtigung beharrt, mit zu großer Strenge einzuschreiten. Es heißt, die Regierung gedenke sich dadurch aus dieser Verlegenheit zu ziehen, daß sie die Kammern von 1819 sobald als möglich, sobald die dringendsten Vorlagen abgethan sind, einberufe. Es wäre dies auch noch der gerathenste und der Verfassung noch am meisten entsprechendste Ausweg. (F. J.)

Weimar, 17. Novbr. [Landtag.] Heute Mittag ward unser Landtag in Auftrag des Großherzogs durch den Staats-Minister v. Watzdorf eröffnet. Am Ministertische saßen außer demselben noch die Minister v. Wydenbrugk und Thon. Herr Staatsrath Stichling verlas die landesherrliche Proposition, die u. a. Folgendes aussprach: In Betreff der Neugestaltung des deutschen Vaterlandes habe die Regierung an der Idee festgehalten, daß dieselbe heilsam nur durch einen Bundesstaat mit starker Centralgewalt zu bewirken, und sich daher dem Dreikönigsbündniß angeschlossen, sei demselben auch nach dem Abfall anderer Staaten treu geblieben, und habe, wenn auch leider ohne Erfolg, in dem Fürstenkongreß zu Berlin darauf gedrungen, daß die im Erfurter Parlament berathene Verfassung angenommen und ausgeführt werde. An jener Idee würde sie ihrerseits so weit als möglich auch in der Zukunft festhalten. Dem Friedens-Vertrag mit Dänemark habe sie in Rücksicht auf ihre Verbindung mit Preußen und das vorangegangene Beispiel der übrigen Staaten beitreten zu müssen geglaubt; hingegen habe sie die Bezahlnng der von der Statthalterschaft in Kiel für Verpflegung der weimarischen Truppen erhobenen Forderung von 10,000 Rtl. wegen ihrer noch mangelnden rechtlichen Begründung noch beanstanden zu müssen geglaubt, und werde deshalb in Mittheilung mit der Ständeversammlung treten. Hieran reihte Staatsminister v. Watzdorf noch einige eindringende Worte, in welchen er besonders hervorhob, daß in der Gesetzgebung des Großherzogthums jetzt ein Ruhepunkt eintreten müsse, daß die verlangten Opfer nur vorübergehend sein würden, und daß, wenn nach der Fügung des Himmels die Verhältnisse des weitern Vaterlandes sich noch mehr verwickeln und größere Opfer erheischen sollten, auch diese von der Volksvertretung gewiß bereitwillig gewährt werden würden. Hiermit ward die Sitzung geschlossen und für die morgende die Wahl des Präsidenten anberaumt. (D.-P.-A.-Z.)

Luxemburg, 17. November. [Luxemburg zieht sich vom Bundesklubb zurück.] Gestern hat die Kammer für diesmal ihre Sitzungen geschlossen und sich bis zu Anfang Februar nächsten Jahres vertagt. Die Debatten der beiden letzten Tage waren sehr lebhaft, sie galten der deutschen Frage. Am Schluß der Sitzung wurde das Amendement des Herrn Richard angenommen, dahin gehend, daß die Regierung aufgefordert werde, den Gesandten in Frankfurt so lange von den Verhandlnngen des Bundestages zurückzuziehen, bis alle Staaten bei demselben vertreten wären. Die Regierung trat diesem Amendement schließlich bei. (Köln. Z.)

Hannover, 20. Nov. [Diplomatisches.] Der Niedersf. Ztg. entlehnen wir folgende Nachrichten: „Graf A. Platen, k. hannoverscher Geschäftsträger am Wiener Hofe, der sich seit einigen Wochen hier auf Urlaub aufhielt, wurde gestern Abend zu einer Audienz zu Se. Majestät befohlen und ist heute Morgen bereits abgereist, wie es heißt, zunächst nach Hamburg."

„Vorgestern traf hier der ehemalige königl. dänische, jetzt im Dienste der Statthalterschaft benutzte Justizrath Schleiden in besonderer Mission der letztern hier ein. Dieser Sendling hat indessen seine Aufträge nicht ausrichten können, da die hannoversche Regierung ihm den Zutritt versagt hatte. Herr Schleiden ist in Folge dessen heute nach Braunschweig weitergereist."

„Die Preußen halten an mehreren Orten des hannoverschen Landes jetzt förmliche Remontemärkte ab. So sind von ihren Kommissären erst gestern auf dem „Amsterdam" dahier 150 vortreffliche Pferde „abgenommen." Wir hoffen, daß dem Lande durch das Gestatten solcher erheblichen Pferdeausfuhren Nutzen erwachse, aber auch, daß bei dem gegenwärtig wieder düsterer werdenden politischen Horizonte der eventuelle Nachtheil für den Staat nicht außer Augen gelassen werde."

Hamburg, 20. November. [Deutsche Flotte.] Die deutsche Dampf-Fregatte „Ernst August" liegt schon seit einigen Tagen auf der Elbe bei Glückstadt. Sie hat die Bestimmung, die jetzt in Travemünde liegende Fregatte „Eckernförde" nach Bremerhaven zu bringen und wird dieselbe diesseits der Belte in Empfang nehmen. Die für die „Eckernförde" bestimmte Mannschaft, die dieses Schiff durch den Belt schaffen soll, ist mit dem

gestrigen Abendzuge von Glückstadt in Altona angekommen und ist heute nach Lübeck gegangen. Es sind 25 Matrosen und ein Offizier vom „Ernst August". (Ref.)

Oesterreich.

8 **Wien,** 19. Novbr. [Truppenbewegung. — Die Besetzung Würtembergs und Badens soll bevorstehen.] Auch heute sind hier Truppen angelangt, welche morgen nach Norden aufbrechen sollen, wie denn überhaupt kein Tag vergeht, an dem nicht die Südbahn neue Streitmassen befördert, welche insgesammt zur Verstärkung des Heeres bestimmt sind, das in Böhmen und Mähren zusammengezogen wird. Die heute angelangten Truppen bestanden in einem Kavallerieregiment und zwei Bataillonen Infanterie nebst einer Fußbatterie, die in den Vorstädten bequartirt wurden, nachdem sie Se. Majestät der Kaiser gemustert hatte. — Dem Vernehmen nach soll der hiesige würtembergische Gesandte sich gegen den Fürsten Schwarzenberg in dem Sinne ausgesprochen haben, daß die von der k. Regierung eingeschlagene Bahn der innern Politik wahrscheinlich die Nothwendigkeit einer österreichischen Intervention herheiführen werde, weshalb man die nöthige Truppenmacht in Tyrol bereit halten möge, da das Armeekorps des k. k. Feldmarschall-Lieutenants Baron Legeditsch dermalen in Kurhessen und in Holstein benöthigt sein dürfte. Mit dem Einmarsch der Oesterreicher in Würtemberg würde jedoch zugleich die Okkupation des Großherzogthums Baden verbunden sein. Erst durch diese Machtentfaltung wäre endlich für Oesterreich die erforderliche Operationslinie gegen Preußen gewonnen, so daß sich sodann in strategischer Beziehung der Krieg lediglich in einem Kampf zwischen Nord- und Süddeutschland gestalten möchte, wenn auch die holsteinische Demarkationslinie vielfach eine ganz andere sein dürfte.

8 **Wien,** 20. Novbr. [Truppenbewegung. — Russische Pläne.] Das Kürassier-Regiment „Graf Wallmoden", zwei Bataillone ungarische Infanterie und eine Zwölfpfünder-Batterie sind heute hier eingetroffen und werden morgen ihren Weg nach Böhmen fortsetzen. Zugleich ist der Oberstlieutenant Stratomirowich, der bekannte Serbenführer im ungarischen Kriege, hier eingetroffen und soll der Ueberbringer geheimer Depeschen in Betreff der türkischen Grenzprovinzen sein, wo sich ein für die europäische Diplomatie höchst wichtiges Drama vorbereitet, bei dem die Südslaven die Hände im Spiel haben, und wenn es wahr ist, was heute als lichter Funke die Stadt durchfliegt, daß nämlich der Sultan an Gift gestorben sei, so steht dieser Todesfall ohne Zweifel mit den Dingen in Verbindung, welche im Reiche der Osmanen dermalen zur Lösung kommen sollen. Die Verselbstständigung von Bulgarien, wo der Exfürst von Samos, Vogorides, zum Hospodar erhoben ward, ist ein Fingerzeig, wohin die am Bosporus wühlende Politik des Nordens hinstrebt, denn es ist ihr auch jetzt noch nicht um den Sturz der Pforte selbst zu thun, sondern lediglich um weitere Ausdehnung des perfiden Systems der Schutzstaaten, das in den Fürstenthümern Moldau und Walachei dem russischen Ehrgeiz ein so ergiebiges Feld eröffnet hat. Fürst Schwarzenberg schließt sich nun, statt der russischen Usurpation entgegen zu treten, diesem planmäßigen Unterhöhlen der türkischen Macht folgsam an und läßt sich durch die Hoffnung täuschen, durch Serbien, Bosnien und Albanien ein ähnliches Trifolium zu gewinnen, das jedoch unter österreichischem Protektorat stehen sollte, während doch einzig und allein Rußland den Gewinn aus der diplomatischen Zertrümmerung der Türkei ziehen wird. Ueberhaupt zeigt sich immer klarer, daß Rußland die Ehrsucht Oesterreichs nach allen Seiten, gegen Deutschland, Italien und die Pforte, nur deshalb anstachelt, um die Consolidirung des neuen Gesammtstaates zu hintertreiben und die Kraft der Monarchie dergestalt zu zersplittern, daß ihr stets die mächtige Hilfe des russischen Armes vonnöthen sein muß, wodurch dann eben nur in anderer Weise, als Lord Palmerston beabsichtiget, ein Sturz unvermeidlich herbeigeführt werden würde.

N. B. **Wien,** 21. November. [Tagesbericht.] Nach kaiserlicher Verordnung vom 11. d. wurden sämmtliche Generäle, Stabs- und Oberoffiziere, die sich gegenwärtig noch auf Urlaub befinden, angewiesen, schleunigst bei strenger Verantwortung zu ihren Truppenkörpern einzurücken, ausgenommen jene, denen aus Gesundheitsrücksichten der Urlaub bewilligt ward. — Mit a. h. Entschließung vom 19. d. hat der Kaiser angeordnet, daß die Stelle der Oberlieutenants im Generalquartiermeisterstabe ganz eingehe und dafür die successive Ernennung von Hauptleuten zweiter Klasse erfolgt. Die Verordnung wurde gleich ausgeführt und 20 Oberlieutenants im Korps zu Hauptleuten befördert, und zur völligen Ergänzung der Zahl von 40, die im Range ältesten zugetheilten Linienoffiziere, so wie andere, welche die Eignung zum Korps besitzen, berücksichtigt. Der Stand der Generalstabsoffiziere wurde folgendermaßen festgesetzt: 12 Oberste, 12 Oberstlieutenants, 20 Majore, 80 Hauptleute, 80 zugetheilte Offiziere der Linie. — FM. Radetzky berief das ganze Personal seines Hauptquartiers in Mailand nach Wien. — In der Fuhrwesenskaserne wird der Ankauf von Militärpferden täglich fortgesetzt. Das Aerar zahlt für schwere Artillerie-Zugpferde 130 bis 140 Fl. C. M., für ordinäre Fuhrwesenspferde 112 Fl., für Packpferde 80 Fl., für Kürassier- und Dragonerremonten 130 bis 160 Fl. und für leichte Kavallerieremonten 118 Fl. C. M. per Stück. — In kleinen Kreisen zirkulirt hier ein vom Banquier Pfeiffer in Kassel unterfertigter Aufruf zur Beisteuer freiwilliger Beiträge, die über ihr Ansuchen entlassenen Offiziere des kurhessischen Armeekorps zu unterstützen. — Für alle befestigte und befestigenden Plätze des Reiches werden Bauverbotsrayons festgesetzt, die Pläne entworfen und den Gemeinden zugesendet.

* Bis zur Stunde ist die telegraphische Depesche mit dem wesentlichen Inhalte der heute zu Berlin abgehaltenen Thronrede noch nicht eingetroffen. Begreiflicher Weise ist die Spannung des hiesigen Publikums bezüglich dieses Aktenstückes eine außerordentliche. Dem Vernehmen nach wäre der auf die Differenz mit Oesterreich Bezug nehmende Passus im Wesentlichen befriedigend. So lauten Mittheilungen aus Berlin vom gestrigen Tage, deren Zuverläßigkeit wir übrigens keinesfalls verbürgen können.

Prag, 20. November. Dem Prager Großhandlungshause Zdekauer ist gestern von Berlin der Auftrag zugekommen, an unsern Kunstverein 1000 Fl. CM. als Beitrag des Königs von Preußen für das zu errichtende Radetzky-Monument auszuzahlen. Es ist dies Faktum in einem Momente doppelt bemerkenswerth, wo Wiener und Berliner Blätter eine so kriegerische Sprache gegen einander führen und wo die ersteren wissen wollen, daß der greise Marschall zum Generalissimus der österreichischen Armee designirt sei. (Prag. Konst. Bl.)

Die neuesten Nachrichten von der böhmischen Grenze deuten auf eine ungehinderte Fortsetzung der österreichischen Rüstungen. Das Kloster Steindorf bei Liebwerda, in der Bezirkshauptmannschaft Friedland, wird zu einem Militärlazarethe eingerichtet. In den böhmischen Grenzorten Neustädtel und Umgegend sind am 19. Fouriere angekommen, um für die zum 20. erwarteten Truppen Quartier zu machen. Nach Neustädtel sollen 600 Kroaten kommen, nach Friedland und Rasperau Kavallerie und Artillerie, nach Bergdorf 300 Mann Jäger (Italiener), nach Berndorf 600 Kroaten, nach Schönwald 600 Mann Infanterie (Italiener), nach Bärendorf 300 Kroaten, nach Bükkersdorf 600 Mann Polen und nach Bennersdorf 300 Mann, Der F.-Z.-M. Jellachich wird in Reichenberg und der F.-M.-L. Graf Clam-Gallas in Friedland erwartet. (C. C.)

Italien.

* **Turin,** 17. Novbr. Vor einigen Tagen erklärte (wie bereits in der telegraph. Corresp. gemeldet) der Handelsminister in der Kammer, daß Piemont keinen Handelsvertrag mit England abgeschlossen habe, er that dies mit großer Bestimmtheit und bezog sich darauf, daß kein Grund vorliege, nachdem England sein strenges Differentialsystem aufgegeben habe. Es mußte jedoch auffallen, daß der Minister das Wort „Handel" ausnehmend scharf betonte, woraus sich zu ergeben schien, als habe Piemont in der letzten Zeit irgend einen andern Vertrag mit Großbritannien geschlossen. Was die allgemeinen Beziehungen zu England betrifft, so bezeichnete der Minister dieselben als vollkommen befriedigend und hoffe das Band des freundschaftlichen Einvernehmens werde sich täglich fester um beide Regierungen schließen. Gerüchte, welche heute cirkuliren, wollen wissen, der Ministerpräsident d'Azeglio werde ausscheiden und als Gesandter nach Paris gehen. Herr Colegno soll an seiner Stelle Ministerpräsident werden und der Finanzminister definitiv austreten.

Frankreich.

Paris, 19. Nov. Der päpstliche Nuntius und General Lahitte hatten heute eine lange auf die sardinisch-römische Differenz bezügliche Unterredung. Nach derselben gingen von beiden Seiten Depeschen nach Wien und Turin ab.

Nächstens wird nach Frankfurt ein französischer Gesandter beim Bundestage abgehen. Man ist nur über die Wahl unter den vorgeschlagenen Diplomaten noch nicht einig.

General Baraguay d'Hilliers soll das Kommando der Rheinarmee übernehmen.

Der Unterrichtsminister Parieu hat ein Cirkular an alle Beamten der Universität gesendet, nach welchem sie sich schriftlich verpflichten müssen, nie ein Kaffeehaus zu besuchen.

Die „Patrie" hat in einem Leitartikel Rußland und Oesterreich heftig angegriffen. Dafür kommt ihr nun folgende offizielle nicht unterzeichnete Mittheilung zu: „Das Journal „La Patrie" vom 18. November schließt einen Artikel über die gegenwärtige Lage Deutschlands mit heftigen Angriffen gegen eine verbündete Regierung. Es ist Pflicht der Regierung, gegen diesen Artikel auf das bestimmteste zu protestiren. Die einzige Politik der Regierung ist jene, welche sich offen und ehrlich in der Botschaft des Präsidenten der Republik bezeichnet findet. Die Regierung kennt keine andere. **Sie hat immer das Beispiel der Achtung für fremde Nationalitäten und Regierungen gegeben. Sie wird sich nie von dieser Handlungsweise entfernen."** Böse Leute behaupten, der Artikel sei nur geschrieben worden, um die Berichtigung geben zu können!?

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung überreichte General Schramm einen Gesetzentwurf zur Bewilligung eines Supplementkredits von 3,400,000 Franken. Stimmen: Wozu? Schramm: Wegen Einberufung von 40,000 Maun. Die Kreditforderung wird an die Abtheilungen verwiesen, welche eine Spezial-Kommission zu ernennen haben.

Osmanisches Reich.

†† **Smyrna,** 11. Novbr. Zuverlässige Nachrichten aus Alexandrien in Egypten melden, daß die Cholera zu Mekka in Arabien auf so verheerende Weise wüthete, daß binnen 2 Tagen 10,000 Personen daran starben. — Ueber die schrecklichen Vorgänge in Aleppo erfährt man neuestens Folgendes: In der Nacht vom 17. auf den 18. erhoben sich die Türken in dem Orte Rabel Kiram im Vereine mit mehreren Beduinen und entwaffneten die Municipalgarde; hierauf wälzten sie sich in großen Massen gegen die Stadt. Der Statthalter, der von ihrem Vorhaben Kunde bekommen hatte, zog ihnen sofort mit einer kleinen Schar entgegen, da er jedoch zu schwach war, ihnen Widerstand zu leisten, so beschränkte er sich darauf, sie durch freundliches Zureden zu begütigen, was jedoch vergebens blieb. Er sandte nach der Kaserne, allein da gerade wenige Tage zuvor ein Detachement nach Damaskus abgesendet worden, befand sich der kommandirende Pascha außer Stande, militärische Hilfsmittel zur Unterdrückung des Aufstandes zu disponiren. **Den Vorwand zur Erhebung gab die Einführung der Konskription, was die fanatischen Türken als eine wesentlich christliche Einrichtung ansehen.** Die Greuel- und Schandthaten, welche im Christenquartier ausgeführt wurden, sind unbeschreiblich; Männer und Kinder wurden erschlagen, Weiber geschändet, die werthvollste Habe wurde theils geraubt, theils verbrannt. Nur die Chams (eine Art Hotels für Europäer und Fremde) blieben verschont. Die Wuth richtete sich ausschließend gegen türkische Unterthanen und nicht ohne Grund will man wissen, daß die **fanatische alttürkische Partei. welche die Reformen im türkischen Kaiserreiche längst mit mißgünstigem Auge betrachtet,** hauptsächlich die Hand im Spiele gehabt habe und eine Wiederholung ähnlicher Scenen auch in anderen Orten in noch größem Maßstabe im Schilde führt.

Provinzial-Zeitung.

*† **Breslau,** 22. Nov. [Naturaleinquartierung.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Bericht der gemischten Commission über die Naturaleinquartierung berathen. Die Commission hatte mit Hinweisung auf das ergangene Gesetz, das Prinzip der Gleichverpflichtung aller Einwohner zur Tragung der Einquartierungslast während der Mobilmachung des Heeres oder während eines Krieges ausgesprochen und proponirt, daß alle Einwohner, welche eine Einnahme von 150 Thlr. aufwärts haben, diese Last mit tragen sollen. Die Versammlung nahm dies Prinzip an, konnte sich jedoch ohne Debatte nicht darüber vereinigen, von welcher Klasse nach unten die Last mitgetragen werden solle. Herr Siebig erklärte, daß man zu diesem Satz (von 150 Thlr. aufwärts) geschritten sei, weil fast wohl an 500 Hausbesitzer, die bis jetzt für ½ Mann Einquartierung trügen, also nicht mehr als 150 Thlr. Einkommen hätten, benachtheiligt würden, wenn die Nichthausbesitzer erst dann die Last zu tragen hätten, wenn sie 300 Thlr. Einkommen besäßen. Die Klasse von 150 bis 250 Thlr. Einkommen betrage 15,000, und würde sie ausgeschlossen, so fiele um so drückender die Last auf die Uebrigen. Ueberdies seien in dieser Klasse eine große Anzahl, als Handlungsgehilfen u. s. w., die weit leichter ein Scherflein beitragen könnten, als so mancher Familienvater, der auch nicht mehr Einnahme und dabei eine große Familie zu ernähren habe. Herr Schuhmann glaubte, daß wenn man das Prinzip einer gleichen Verpflichtung ausspreche, so müsse man auch ehrlich daran halten, so müsse man das volle Prinzip festhalten: „gleiche Rechte, gleiche Pflichten", sonst begehe man eine Ungerechtigkeit. Jetzt seien Alle, welche nicht 300 Thlr. Einnahme nachweisen könnten, von dem Hauptrechte, ihre Vertreter sich zu wählen, ausgeschlossen. Seien sie aber von den Rechten ausgeschlossen, so könne man ihnen auch diese Lasten, zu denen sie keine Zustimmung geben dürften, nicht auferlegen, man lege ihnen nach Willkür, gewaltsam und gegen das Prinzip der Gerechtigkeit die Bürde auf. Er müsse um dieser Gerechtigkeit willen beantragen, daß nur bei einem Einkommen von 300 Thlr. ab aufwärts die Einquartierungslast getragen werde.

Der Stadtverordnete Gräff war der Ansicht, daß dem Gesetze gemäß, das diese Last der Commune aufbürdet, auch die Commune in ihrer Gesammtheit die Last tragen müsse, daß mithin ganz allgemein ausgesprochen werden möge, daß jeder steuerpflichtige Einwohner herangezogen werde. Der Vorsteher Dr. Grätzer wollte, daß die Einquartierungslast auch denen zukomme, welche von 100 Thlr. aufwärts steuern. Der Vorsteher-Stellvertreter Linderer erklärte sich zwar mit der Ansicht des Schuhmann, welcher Ansicht auch Beyer II. zugetreten war, einverstanden, sprach jedoch die Befürchtung aus, daß wenn nur die, welche von 300 Rtl. aufwärts steuern, herangezogen würden, sehr Viele sich von dem Wahlrecht frei zu machen suchen würden, um der Einquartierungslast zu entgehen, daß, da man suchen müsse, gerade die untern Steuerklassen so viel als möglich an das Wahlrecht und mithin an das Interesse der Kommune zu fesseln, die vorgeschlagene Bestimmung ganz das Gegentheil hervorrufen werde. Er glaube, um die verschiedenen Vorschläge zu vermitteln, daß bei einer Einnahme von 200 Rtl. ab aufwärts die Einquartierungslast getragen werden könne, und da die Last, die jetzt wenige tausend Bürger getragen hatten, auf etwa drei Mal so viel Einwohner vertheilt, nicht zu schwer sein dürfte. Und im Fall von Reklamationen sei es ja ausgesprochen, daß diese bei allen Steuern, wenn begründet, bei der Deputation Berücksichtigung finden würden. Die Versammlung beschloß nach langer Debatte, daß jeder Einwohner, welcher von 150 Rtl. Einkommen aufwärts steuert, die Naturaleinquartierungslast tragen müsse. Der Magistrat, der sich mit dem Kommissionsgutachten einverstanden erklärt hatte, wurde dem Gutachten gemäß beauftragt, alle nichthausbesitzenden Einwohner aufzufordern, ob sie der Einquartierung Naturalquartier geben wollen. Im Fall der Noth soll jedoch der Magistrat die Einquartierung ohne Weiteres da einlegen, wo die Räumlichkeiten es gewähren. Die Entschädigung für das Naturalquartier wurde von der Versammlung in der Weise normirt, daß der Antrag der Kommission etwas modifizirt wurde. Der Beschluß lautet: für 1 Mann pro Tag Entschädigung für Naturalquartier 4 Sgr., 2 Mann zusammen 7 Sgr., 3 Mann zusammen 10 Sgr., 4 Mann zusammen 12 Sgr., und mehr Mann stets pro Mann täglich 3 Sgr., und zwar im Winter und zwar ohne Kost. In Betreff der Einquartierung im Sommer hat der Vorsteher keine Bestimmung treffen lassen. Der Kommissions-Vorschlag lautet jedoch, im Sommer pro Mann 3 Sgr. und bei mehr als 2 Mann 2½ Sgr. Die Aufbringung der ganzen Entschädigungssumme für Natural-Einquartierung geschieht in der Weise, daß mit der Personalsteuer zugleich auch diese Steuer durchgehends ausgeschrieben wird. Es wurde während der Debatte noch bemerklich gemacht, daß nochmals dringend zu petiren sei, was auch, wie wir erfahren geschieht, daß diese Last nicht einer einzelnen Kommune oder Provinz zukomme, weil in solchem Falle die eine Provinz durch Krieg und Einquartierungslast bis zu ihrem Ruin überbürdet werden könnte, während eine andere Provinz ganz frei bleibe. Die Einquartierungslast müsse, um dieser Ungleichheit zu entgehen, eine Staatslast werden und aus allgemeinen Staatsmitteln auch die Entschädigung erfolgen. Am Schlusse der Sitzung wurde die gemischte Kommission weiter beauftragt, festzustellen, wie viel Entschädigung bei Naturalquartier für Chargirte künftig gegeben werden soll. Bemerklich machen wir noch, daß in dem Kommissions-Gutachten ausdrücklich gesagt ist, daß die Festsetzungen für Entschädigung nur vorläufig gelten und die Erfahrung erst an die Hand geben werde, ob die Sätze höher oder niedriger gestellt werden müssen.

---

* **Breslau,** 22. November. [Naiver Kampfesmuth.] Ein glaubwürdiger Augen- und Ohrenzeuge berichtet uns, was sich gestern bei der Appellgestellung des 1. Bat. 10. Landw.-Inf.-Regiments an der hiesigen Barbara-Kaserne zugetragen hat. Der Hauptmann der 1. Komp. ließ nämlich 8 Landwehrmänner, die vermöge ihrer Lebens- und Dienstjahre nicht mehr zum 1sten Aufgebot gehörten, aus Reih' und Glied hervortreten, kündigte ihnen an, daß sie sich wieder auskleiden lassen könnten und befragte sie einzeln um ihre desfallige Willensmeinung. Da erklärte der Eine sein Verbleiben in der naturwüchsig-drolligen Antwort: „Nein, Herr Hauptmann, so lange ich noch keine Oesterreicher Seele auf meinem Gewissen habe, trete ich nicht aus! Ich habe zwar Weib und Kind daheim; aber ich bin zu wild auf die . . . . Kerle und muß einige umbringen!" Die Kameraden sprachen dazu ihr Bravo! und waren sich der übereinstimmenden Gesinnung im Stillen bewußt.

---

* **Breslau,** 22. Novbr. [Nöthige Nachricht in Betreff der Soldatenbriefe.] Nach dem Wortlaute der unter dem 11. d. Mts. pulizirten Portofreiheitsbewilligung für die Korrespondenz mit den ausgerückten Truppen bedarf es dazu blos der Signatur: „Feldpostbrief", und demzufolge sind seit jenem Datum gewiß schon viele hundert Briefe und Packete von hier abgegangen, oder hier angelangt, welche jenes Zeichen trugen und nach der Meinung der Absender portofrei in die Hände der Adressaten kommen sollten. Aber die Letzteren — selbst die Soldaten in ihren neuen Standquartieren — haben diese Sendungen der Liebe nach dem Posttarif mit schwerem Gelde auslösen müssen, weil wohl die Wenigsten wußten (außer den Postbehörden), daß noch eine vorherige Stempelung der abgehenden Briefe erfordert werde, die hier auf dem Rathhause, oder beziehungsweise bei dem betreffenden Feldwebel vor sich gehe.

---

* **Breslau,** 22. Novbr. Heute Abend wurde dem Lehrer am Gymnasium zu St. Elisabet, Herrn Keil, von seinen Schülern der obern Klassen auf Grund seiner Ernennung zum königlichen Professor ein solenner Fackelzug gebracht. Wenn je eine derartige Aufmerksamkeit aus der allgemeinsten Hochachtung und aufrichtigsten Verehrung hervorgegangen, so war dies bei diesem Fackelzuge der Fall.

---

† **Breslau,** 22. Novbr. [Polizeiliche Nachrichten.] Auf dem am 18. und 19. dieses hier abgehaltenen Roß- und Viehmarkt waren circa 700 Stück Pferde feilgeboten. An inländischem Schlachtvieh waren 70 Stück Ochsen, 60 Stück Kühe und 146 Stück Schweine, so wie 150 Stück ausländische fette Schweine vorhanden.

Im vorigen Monat haben das hiesige Bürgerrecht erhalten; 6 Kaufleute, 1 Eisenhändler, 1 Schankwirth, 6 Haus-Acquirenten, 2 Schmiede, 1 Getreidehändler, 1 Gürtler, 2 Putz-Waarenhändler, 3 Fleischer, 1 Böttcher, 1 Uhrmacher, 8 Schuhmacher, 1 Agent, 2 Produktenhändler, 1 Siebmacher, 1 Topf-Waarenhändler, 2 Bäcker, 1 Droschkenfuhrmann, 3 Tischler, 1 Federviehhändler, 1 Lohnfuhrmann und 1 Likörfabrikant. Von diesen sind aus den preußischen Provinzen 38 (darunter 7 aus Breslau), aus Sachsen 1, aus Böhmen 1, aus Oberösterreich 1, aus Altenburg 1 und aus Galizien 1.

Wegen hin und wieder mangelnden Barrieren am Stadtgraben hat sich schon so mancher Unglücksfall ereignet; eben so gestern Nachmittag, zu welcher Zeit ein Kürassier zwischen dem Nikolaithore und dem Schweidnitzerhore in das Wasser stürzte und ertrank.

Am nämlichen Tage wurden in der Nähe des Dorfes Neudorf-Commende, dicht an der Verbindungsbahn durch den ankommenden Bahnzug 2 Militärferde scheu, gingen durch und es gelang nicht dem sie führenden Train-Soldaten dieselben zu erhalten, sie rannten vielmehr unaufhaltsam weiter und rissen die in der Gartenstraße wohnende Tagearbeiterfrau Ritter nieder, wodurch dieselbe so schwer verletzt wurde, daß sie nach Verlauf einiger Stunden starb.

Breslau, 22. Novbr. [Konzert.] Es hat wohl seit langer Zeit kein Konzert stattgefunden, in welchem man sich die Hände fast wund applaudirt, als das von den Herren v. Kontski am 21sten d. gegebene. Es wurde darin aber auch zum großen Theile so Außergewöhnliches geboten, daß wir die ebenfalls außergewöhnlichen Exklamationen des Publikums ganz natürlich fanden. Eröffnet wurde der Abend mit Mendelssohns „Gruß an die Künstler", gesungen von Mitgliedern des akademischen Musikvereins mit starker Begleitung der Blechinstrumente. Die Ausführung war sehr gelungen und von imposanter Wirkung. Dann folgte das Sextett für Piano, zwei Violinen, Viola, Cello und Baß von Anton v. Kontski. Wir haben uns über diese interessante Komposition schon neulich ausgesprochen. Das Andante machte sich heute besonders schön, so wie das genial erfundene Trio des Scherzo. Die Ausführung des Sextetts war sehr gelungen zu nennen. Hierauf spielte Herr Appollinari v. Kontski ein Lied von Schubert, so wie ein Capriccio für Violine von eigener Komposition. Das Lied trug er mit tiefer Empfindung (vielleicht auch mit etwas zu viel Vibration) vor; mit dem Capriccio setzte er die Hörer in großes Erstaunen und erhielt sehr reichen Beifall. Den Schluß des ersten Theils machte die von uns neulich schon erwähnte Fantasie in des für Piano aus „Attila" von Verdi, komponirt und gespielt von Herrn Anton v. Kontski. Das Stück ist geschickt gemacht und enthält viele interessante Momente. Herr Anton v. Kontski entwickelte in dem Vortrage derselben eine immense Bravour und zugleich ein so schönes Spiel, daß er Alles zum Entzücken hinriß. Sein reizender, perlender Anschlag, die Rapidität seiner Passagen und die unglaublichste Bravour, vermöge welcher er die fabelhaftesten Schwierigkeiten in der Mitte und an den Enden der Klaviatur zugleich ausführt, setzen in das größte Erstaunen, ebenso ist seine Modulation des Tones von höchster Kraft bis zum zartesten Piano ganz vortrefflich. Der Beifall nach diesem Stücke wollte gar nicht enden. — Der zweite Theil des Konzertes begann mit Beethovens großer A-moll-Sonate für Piano und Violine. Die Auffassung derselben war künstlerisch, es ragten herrliche Momente hervor; das Tempo des ersten und letzten Allegro's erschien uns zu bewegt. Die Tempi zu Beethovens Zeit waren mäßiger als jetzt, weshalb solche Compositionen, nach heutigem Zeitmaße ausgeführt, an Breite und Würde verlieren. Passagen, wie z. B. die in gebrochenen Terzen beider Hände auseinandergehend (erster Satz, im zweiten Theile) können bei zu großer Beschleunigung auch große Virtuosen in's Gedränge bringen. Das wunderherrliche Andante in F, mit den reizenden Variationen, wurde hingegen durchweg meisterhaft ausgeführt; namentlich entwickelte darin Herr Appollinari seine ganze Künslerschaft. Sein schöner, geschmeidiger Ton, der geschmackvolle Vortrag und die sauberste Ausführung der schwierigen Variationen erfreuten uns sehr. Herr Anton spielte hierauf allein: La Resignation, ein sehr hübsches Stück in B-moll, und dann sein geniales, schön erfundenes Scherzo in H-moll, womit er den höchsten Gipfel der Virtuosität erklommen hat. Die Ausführung dieses schönen Tonstücks war eben so sauber und korrekt als ungeheuer. Die kleine, nette Anfangsfigur neckte und lachte höhnisch von allen Ecken und Enden der Claviatur ganz allerliebst; als aber dann die sehr hübsche Melodie in H-dur mit vollständiger Begleitung ertönte, und sich mitten inne ein rapider Triller auf fis und gis entspannt als der Triller crescendo in Oktaven, endlich aber dreifach mit wüthender Kraft wirbelte und die rechte Hand sowohl die Melodie, als auch die linke noch den Baß ebenfalls in Oktaven dazu spielten, da erhob sich das Publikum mit einem Male wie mißtrauisch, um sich zu überzeugen, daß Herr v. Kontski wirklich nur allein spiele. Den darauf folgenden Applaus zu beschreiben, sind wir außer Stande, er überstieg alle Grenzen und durchbrach alle Dämme. Jedenfalls ist dieses Teufelsscherzo, das Herr Anton von Kontski wie ein Teufel spielte, was Schwierigkeit anbelangt, außer allem Scherz. Als Mozart einst vor dem Kaiser Joseph spielte, glaubte man, er könne dies nur vermöge eines Zauberringes; er legte den Ring ab, und das Wunder blieb dasselbe. O harmlose, glückliche Zeit! Hätte Herr v. Kontski damals sein Scherzo gespielt, so würde man sich bekreuzt und ihn der Stadt verwiesen haben, weil man ihn für einen Verbündeten vom Gottseibeiuns gehalten hätte. — Von dem folgenden Pizzi-Arco des Herrn Appollinari hörten wir im Vorzimmer nur den großen Applaus, weil wir wegen unerträglicher Hitze den Saal nach dem Scherzo verlassen mußten. — Das zum Konzert benutzte englische Pianoforte war von Bessalié. Hesse.

---

§ **Breslau,** 22. Nov. [10. Schwurgerichts-Sitzung.] Erste Untersuchung wider den Tagearbeiter Gottlieb Frühauf, wegen versuchten Todtschlags.

Der Angeklagte ist trotz gehöriger Vorladung nicht erschienen; es tritt daher das Kontumazial-Verfahren ein. Vom Gerichtsschreiber wird folgende Anklage verlesen.

Der Tagearbeiter Gottlieb Frühauf aus Striese, evangelisch, 49 Jahre alt, nicht mehr im Wehrstande und bereits 5 Mal wegen erheblicher Diebstähle bestraft, war neidisch auf den Zimmermann Andreas Kleinert, weil diesem und nicht ihm die Arbeit des Brettschneidens auf dem Labitzkeschen Brauerhofe zu Striese übertragen worden war. Während Kleinert am 3. April d. J. des Nachmittags daselbst arbeitete, höhnte und schimpfte ihn der daselbst als Einlieger wohnhafte Frühauf, machte sich immer unangenehmer, je ruhiger jener war, ging dann mit zwei gezückten Messern auf ihn los und schrie: „Du Aaß, ich steche Dich todt; Dich muß der T— heut noch holen." Er fuhr ihm dabei mit den Messern im Gesichte herum, verletzte ihn an der Unterlippe und an der linken Hand, so daß er blutete und Kleinert bei der Heftigkeit seines Gegners die Ausführung der Drohung fürchtete. Der Brauersohn Wilhelm Labitzke und der Inwohner Schröter rissen ihn fort. Die dem Kleinert zugefügten Verletzungen sind unbedeutend.

Staatsanwalt Meyer führt aus, daß die Handlung, welche der Anklage zum Grunde liegt, zwar nicht in der vorher überlegten Absicht geschehen, daß aber der im Affekt gefaßte Entschluß theilweise bereits zur Ausführung gekommen sei. Es werde sich demnach die Bestrafung wegen versuchten Todtschlages auf Grund der §§ 49—42, 806 und 838 St. R. mit 2jähriger Zuchthausstrafe und Verlust der National-Kokarde rechtfertigen.

Der Gerichtshof verwirft in seinem Erkenntnisse die Anschuldigung des versuchten Todtschlages und verurtheilt den Angeklagten wegen gefährlicher Drohung und leichter Körperverletzung zu 2monatlicher Gefängnißnißstrafe und Tragung der Untersuchungskosten.

Zweite Untersuchung wider den Polizeirath Werner und den Buchdruckerei-Besitzer Leopold Freund, wegen öffentlicher Verleumdung des Stadtgerichts-Direktorii.

Gerichtshof: wie gewöhnlich.

Vertheidiger: R. A. Löwe.

Geschworene: Straka, Rickert, Dabisch, Alexander, Rakette, Schild, Zeisig, Kahlert, Dondorn, Borsig, Gnörich.

Abgelehnt werden Seitens der Vertheidigung: v. Pelet-Narbonne, Hähne, Finkernei, Brade.

Polizeirath Werner, über seine persönlichen Verhältnisse befragt, erklärt: Ich bin 42½ Jahre alt, evangelisch, verheirathet, dem Militärstande nicht angehörig und habe mich niemals in Untersuchung befunden.

Buchdruckerei-Besitzer Freund: Ich bin 43 Jahre alt, jüdischer Religion, verheirathet, gehöre zum Landsturme und habe mich nie in Untersuchung befunden.

Anklage: Im Anfange d. J. ließ, wie bekannt, der in Geisteskrankheit verfallene Stadtgerichts-Registrator Fichtner während eines Anfalls von Wahnsinn eine Verhaftung an einem Bewohner hiesiger Stadt ausführen. Mit Bezug auf diesen Vorfall, welcher anfänglich der Trunkenheit Schuld gegeben wurde, findet sich in der Nr. 18 des „Bresl. Anzeigers" unter der Rubrik: „Lokalnachrichten und Miszellen" ein Artikel des Inhalts, daß der betreffende Beamte nicht berauscht war, sondern seit einiger Zeit am Tiefsinn leide, der zuweilen in Wahnsinn ausarte, welcher ihm durch sein Unglück in seiner bürgerlichen Stellung entstanden. Der Artikel führt nun des Weiteren aus, wie dieses Unglück durch Zurücksetzung des Betreffenden in seinem Amte herbeigeführt worden sei.

Das Direktorium des hiesigen Stadtgerichts wird als die Behörde, von der Fichtners Versetzung ausgehen mußte, — ungerechter Weise von einem Vorwurf betroffen, da die demselben zu Grunde liegenden Behauptungen jeder Wahrheit entbehren.

Nachdem gegen den Polizeirath Werner die Untersuchung wegen öffentlicher Verleumdung durch Beschluß vom 25. Juli d. J. auf Grund

der Anklageschrift vom 15. Juli bereits eröffnet worden war, hat der Buchdruckerei-Besitzer Freund in der gerichtlichen Verhandlung vom 11. September d. J. zugestanden, daß er in Folge mündlicher Erzählung eines Dritten den in Rede stehenden Aufsatz verfaßt und das Manuscript zum Druck befördert habe, ohne es vorher dem Polizei-Rath Werner gezeigt zu haben.

Hiernach muß die Anklage gegen Werner, welche, da gegen diesen die Untersuchung einmal ausgesprochen, nur durch Erkenntniß beseitigt werden kann, jetzt auch gegen Freund gerichtet werden.

Beide Angeklagte bekennen sich nicht schuldig. Buchdruckerei-Besitzer Freund äußert sich über die Anklage etwa folgendermaßen. Der Entlastungsbeweis sei ihm von Seiten des Gerichtshofes abgeschnitten worden, er könne sich daher nur auf den inkriminirten Artikel selbst berufen. Dieser erwähne des Stadtgerichts-Direktorii, welches er beleidigt haben solle, mit keinem Worte. — Daß das Stadtgerichts-Direktorium den Subalternen ihre Stellen anzuweisen habe, sei ihm unbekannt gewesen. Durch den Artikel aber habe er nur der ohnehin tiefgekränkten Familie des Fichtner eine Genugthuung verschaffen wollen.

Polizei-Rath Werner erklärt, daß er an dem Tage, an welchem der inkriminirte Artikel in das von ihm redigirte Blatt eingerückt wurde, als Zeuge vor den Schranken des hiesigen Schwurgerichts fungirt und von dem Inhalt jenes Artikels keine Kenntniß gehabt habe.

Nach § 12 der bekannten Preß-Verordnung brauche er als Herausgeber des Blattes nur den Verfasser namhaft zu machen, um jeder Verantwortlichkeit zu entgehen. Wenn er dies zu rechter Zeit gethan hätte, so würde er vor den Schranken dieses Gerichts gar nicht erscheinen. Obwohl er nun unschuldig dastehe, so habe ihn doch ein eigenthümlicher Schauder erfaßt, als er hier die Stelle eines Angeklagten einnehmen sollte, wo er sonst nur als Zeuge zu fungiren gewohnt war.

Die Staatsanwaltschaft begründet gegen beide Angeklagte den Antrag auf „Schuldig," da die Handlung, welche dem Polizei-Rath Werner zur Last falle, an sich wohl sträflich sei. Daß die Strafbarkeit mit der Nennung des Verfassers aufgehört habe, dürfe nur der Gerichtshof aussprechen, weil dies eine rein juristische Angelegenheit sei.

Der Vertheidiger verwahrt sich zunächst gegen die letzte Deduktion der Staatsanwaltschaft. In Beziehung auf den Buchdruckereibesitzer Freund beantragt die Vertheidigung die Wiederaufnahme des früher abgelehnten Defensionalbeweises, weil sich daraus nicht nur Milderungsgründe, sondern auch erhebliche Momente für die Unschuld der Defendenden ergeben würden. Es werde daraus hervorgehen, daß Freund die in dem incriminirten Artikel aufgestellten Behauptungen keineswegs in beleidigender Absicht veröffentlicht habe.

Sollte jedoch der Gerichtshof auf diesen Antrag nicht eingehen, so müsse die Vertheidigung einfach darauf hinweisen, daß in dem mehrerwähnten Artikel Niemand genannt worden. Zum Begriff der Verläumdung, die nichts weiter als eine potenzirte Beleidigung, gehöre nothwendig ein beleidigtes oder verläumdetes Individuum. Dies fehle hier gänzlich. Wollte aber das Stadtgerichts-Direktorium sich der Behauptung annehmen, so stand ihm jedenfalls frei, dieselbe im Breslauer Anzeiger zu berichtigen. Uebrigens habe der Angeklagte mit dem incriminirten Artikel nichts weiter bezweckt, als eine frühere Mittheilung des Breslauer Anzeigers zu modifiziren und der Fichtner'schen Familie eine Ehrenerklärung zu geben. Die Vertheidigung beantrage daher das „Nicht schuldig."

Nachdem Staatsanwalt und Vertheidigung ihre Repliken ausgetauscht hatten, nimmt der Angeklagte Freund noch ein Mal das Wort.

Der Präsident erklärt hierauf die Gründe, aus denen der Gerichtshof den Entlastungsbeweis abgelehnt habe. Bei der Verleumdung komme es nämlich nicht auf die beleidigende Absicht an; der Beweis der Wahrheit aber könne nur dann von der Strafe befreien, wenn die Form der Mittheilung nicht anstößig sei.

Rechtsanwalt Löwe verlangt noch ein Mal das Wort.

Der Präsident versagt ihm dasselbe, weil die Verhandlung bereits in das Stadium des Resümees eingetreten sei.

Die Staatsanwaltschaft trägt darauf an, dem Vertheidiger Stillschweigen aufzuerlegen.

Der Gerichtshof zieht sich zurück, und entscheidet, daß keiner der Parteien mehr das Wort gegeben werde.

Nachdem der Präsident in seinem Resümee die wesentlichsten Momente der gepflogenen Verhandlung zusammengestellt hatte, wurden den Geschworenen folgende Fragen vorgelegt:

1) „Ist der Angeklagte Freund schuldig, durch Abfassung und Abdruck des erwähnten Artikels gegen das Direktorium des hiesigen Stadtgerichts unwahre Thatsachen behauptet und öffentlich verbreitet zu haben, welche dasselbe in der öffentlichen Meinung dem Hasse und der Verachtung aussetzen?"

2) „Ist der Angeklagte Werner schuldig, als Herausgeber des hiesigen Lokalblattes „Der Anzeiger" gegen das hiesige Stadtgerichts-Direktorium unwahre Thatsachen verbreitet zu haben, welche dasselbe in der öffentlichen Meinung dem Hasse und der Verachtung aussetzen?"

Der Spruch der Geschworenen lautet auf beide Fragen: Nichtschuldig, worauf auch die richterliche Freisprechung der Angeschuldigten erfolgt.

Mittelst allerhöchster Ordre vom 16. d. M. haben Se. Majestät der König auf Antrag des Ministers des Innern den Beschluß der diesjährigen engern Ausschuß-Versammlung der schlesischen Generallandschaft die nicht christlichen Ritterguts-Besitzer zu den landschaftlichen Creditversammlungen zuzulassen, die königliche Genehmigung ertheilt. (C. C.)

Des Königs Majestät haben durch allerhöchste Ordre vom 16. d. M. der Gräfin Stolberg zu Ludwigswunsch zur Erweiterung der von ihr gegründeten und geleiteten Anstalt zu Altdorf für oberschlesische Typhuswaisen eine Beihülfe von 1000 Rthl zu bewilligen geruht. (C. C.)

Görlitz, 20. Nov. [Verschiedenes.] Der Herr Fürst von Hohenzollern-Hechingen hat aus Veranlassung seiner hier stattgefundenen Trauung dem Magistrat allhier 100 Thaler zu wohlthätigen Zwecken übermachen lassen.

Die Stadt Görlitz hat der Provinzial-Landwehr 61 Seitengewehre zur Ausrüstung geschenkt.

In der Nacht vom 11. zum 12. d. M. hat der Dr. Serlo aus Crossen eine Bauerfrau aus Alt-Rehfeld von 5 lebenden Knaben glücklich entbunden; der zweite Knabe lebte nur 3 Stunden, der vierte 12 Stunden, die übrigen 3 Knaben leben noch; auch die Mutter befindet sich den Umständen nach wohl. (L. Z.)

Fremden-Liste von Zettlitz's Hôtel.
Gutsbes. Pilaski aus Raschwitz. Gutsbes. Graf v. Strachwitz aus Praschlitz. Gutsbes. Baron v. Zedlitz aus Neukirch. Gutsbes. von Prittwitz-Gaffron aus Guhlau. Kaufm. Wettekamp aus Oderberg. General Stounuff aus Petersburg. Ingenieur Wilczek aus Lüttich. Lizenziat Dr. Neumann, Partik. Lande und Kaufm. Sutter aus Berlin. Herr Keith aus Rom. Kaufm. Haas aus Wien. Gutsbes. Graf v. Pückler aus Thomaswaldau. Oberstlieutenant Elsner aus Neisse. Landrath Dietlein aus Ohlau. Legationsrath v. Küster aus Lomnitz. Legations-Sekretär Oberst White aus London.

Markt-Preise.
Breslau am 22. November 1850.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin.	Waare
Weißer Weizen	57	55	52	49	Sgr.
Gelber dito	55	53	51	49	"
Roggen . . .	45	43	41	39	"
Gerste . . .	30	28	26	25	"
Hafer . . .	30	29	27	26	"
Rothe Kleesaat	12	11½	10¾	9—10	Rtl.
Weiße Kleesaat	12	11¼	10¼	7—8	Rtl.
Spiritus . .	8 Rtl. Br.	$7\frac{11}{12}$ bez.			

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.
Rüböl 11¾ Rtl. Gld. Zink ohne Handel.

21. u. 22. Nvbr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″1,94‴	27″4,45‴	27″6,50‴
Thermometer	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,4
Windrichtung	W	NW	NNW
Luftkreis	bedeckt	bedeckt	trübe

Theater-Nachricht.
Sonnabend den 23. Nov. 46ste Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum zweiten Male: **„Herr Piepmeyer"**, oder: **„Die Weltreise eines Breslauer Kapitalisten."** Zauberposse mit Gesang, Tanz und Gruppirungen, in drei Akten, bestehend aus einem Vorspiel, sechs Bildern und einem Nachspiel, von Karl Elmar. Musik von Adolph Müller.
Sonntag den 24. Nov. 47ste Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. Bei erhöhten Preisen. Zum 17ten Male: **„Der Prophet."** Große Oper in fünf Akten, Musik von Meyerbeer.

H. 26. XI. 6½. Bf. □ III.

Verein. △ 25. XI. 6. R. △ I.

Verlobungs-Anzeige.
Die Verlobung meiner Tochter, Sara, mit dem Kaufmann Herrn S. Pape aus Sprottau, beehre ich mich Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, hierdurch anzuzeigen.
Breslau, den 22. November 1850.
Johanna Peiser, geb. Breslauer.
Als Verlobte empfehlen sich:
Sara Peiser,
S. Pape.

Verlobungs-Anzeige.
Die Verlobung seiner Tochter Ottilie mit Herrn Paul Nichè zeigt hiermit statt besonderer Meldung ergebenst an:
Samuel Geisler.
Schmiegel, den 20 November 1850.

Verlobungs-Anzeige.
Die Verlobung ihrer Tochter Emma mit Herrn Gustav Geisler zeigen hiermit statt besonderer Meldung ergebenst an:
August Leonhardt nebst Frau.
Schmiegel, den 20. November 1850.

Als Verlobte empfehlen sich:
Theresia Neumann aus Pyritz,
Wilhelm Weisstein aus Berlin.

Entbindungs-Anzeige.
Die heute erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Albertine, geb. Vogel, von einem gesunden Mädchen zeige ich ergebenst an.
Frankenstein, den 20. November 1850.
Riedel,
Kreis-Gerichts-Rendant.

Entbindungs-Anzeige.
Die heute Mittag 12 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, Bertha, geb. Schüller, von einem gesunden Knaben, beehre ich mich, auswärtigen Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst anzuzeigen.
Prieborn, den 21. November 1850.
W. Strutz.

Entbindungs-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)
Die heute stattgefundene glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einer gesunden Tochter zeige ich entfernten Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an.
Tarnau bei Frankenstein, den 20. Nov. 1850.
Karl Reichel.

Todes-Anzeige.
Heute Abend um 9¾ Uhr verschied am Lungenschlage nach langen Leiden unser geliebter Bruder, Emil Schiller, in seinem 45. Lebensjahre. Theilnehmenden Verwandten und Freunden widmen diese Anzeige:
die Hinterbliebenen.
Breslau, den 21. November 1850.

Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens.
Am 25. Nov. um 6 Uhr, im Lokale der Gesellschaft für vaterländische Cultur (Börse, Blücherplatz): Professor Stenzel wird handschriftliche Nachrichten über Ober-Schlesien aus dem Anfange des 19. Jahrhunderts mittheilen.

Ressource zur Geselligkeit.
Montag den 25. November Abends ½ 8 Uhr
Tanz.

Sonnabend den 23. November
Erstes grosses Concert
des akadem. Musik-Vereins,
unter gütiger Mitwirkung der Gebrüder
Anton v. Kontski,
Kammer-Pianist Ihrer Majestät der Königin von Spanien, wirkliches Mitglied der Musik-Akademien zu Paris, Rom und Lissabon etc.,
und
Appolinari v. Kontski,
Dr., Musikdirektor und Ehrenmitglied mehrerer Akademien und Universitäten zu London, Königsberg, Breslau, München und Krakau etc.,
im Musiksaale der Universität.
Billets à 15 Sgr. und 10 Sgr. sind in den Musikhandlungen der Herren **Scheffler, Schuhmann** und **Leuckart** zu haben.
Das Direktorium.
Dittrich. Grosser. Gramsch.

Morgen, Sonntag am 24. Novbr.,
3te Quartett-Matinée
im Saale des Königs von Ungarn, Mittags 11½ Uhr.
Programm.
1) Streichquintett von Mozart (G-moll).
2) Septett für Pianoforte, Viola, Cello, Contrebass, Flöte, Oboe und Waldhorn, von Hummel, vorgetragen von Fräulein Elsbeth Pulvermacher, den Herren Schneider, Titze, Gohl, Sommer, Hofmann und Blecha, Mitglieder der Theater-Kapelle.
Entrée-Billets à 20 Sgr. sind in allen Musikalienhandlungen zu haben. An der Kasse Entrée 1 Rtl.
A. Blecha,
Musik-Direktor am Theater.

Holz-Verkauf.
Am **Donnerstag, den 28. d. M.**, sollen zu **Herrnprotsch**, am **Montag, den 2. Dezember**, zu **Peiskerwitz**, jedes Mal um 9 Uhr Vormittags, Nutzhölzer, hauptsächlich in Eichen bestehend, aber auch einige Rüstern und Buchen, auf dem Stamme an den Meistbietenden, der sofort ein Drittel seines Gebots baar einzahlen muß, öffentlich verkauft werden.
Breslau, den 21. November 1850.
Die Direktion
des Krankenhospitals zu Allerheiligen.

Bei der unterzeichneten Fürstenthums-Landschaft erfolgt die Einzahlung der Pfandbriefzinsen für den Weihnachtstermin 1850 am 23., 27., 28. und 30. Dezember d. J. und deren Auszahlung am 31. desselben Monats, so wie am 2. Januar k. J. Am 3. Januar wird die Kasse geschlossen.
Jauer, am 21. November 1850.
Schweidnitz-Jauersche Fürstenthums-Landschaft.

Bekanntmachung.
Die hiesigen Kämmerei-Vorwerke in den mit der Stadt verbundenen Ortschaften Ober- und Nieder-Pritschen und die dazu gehörigen auf städtischem Territorio belegenen einzelnen Ackerstücke mit einem Gesammt-Areal von nahe an 1400 Morgen Ackerland, Gärten und Wiesen, geräumigen, größtentheils ganz neu erbauten Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, einer Bierbrauerei und Branntweinbrennerei, nebst Inventarium, sollen mit der zuständigen Jagdgerechtigkeit und dem Getränke-Verlagsrechte in den Dörfern Ober- und Nieder-Pritschen von Johannis 1851 ab, in zwei Hauptvorwerks-Komplexen und einzelnen Acker- und Wiesen-Parzellen anderweit auf zwölf Jahre verpachtet werden.
Hierzu haben wir Termin auf **den 4. Februar k. J.** und die folgenden Tage Vormittags 10 Uhr im Saale des Rathhauses angesetzt, und laden dazu qualifizirte und kautionsfähige Pachtlustige mit dem Bemerken ein, daß die Pachtbedingungen vom 15. Dezember d. J. ab, täglich in unserer Raths-Kanzlei einzusehen sind.
Fraustadt, den 12. November 1850.
Der Magistrat.

Unseren Geschäftsfreunden machen wir hiermit die Anzeige, daß wir ausländische Kassen-Anweisungen, überhaupt fremde Münzsorten, nur zum Tagescourse annehmen.
Breslau, den 22. November 1850.
London u. Horwitz.

Zu vermiethen
die dritte Etage Junkernstraße Nr. 31.

Nothwendige Subhastation.
Das auf 64,613 Rtl. 21 Sgr. 6 Pf. abgeschätzte, im Koseler Kreise belegene, unter der Nr. 34 des Hypothekenbuchs eingetragene Rittergut Trawnig soll
den 31. März 1851,
Vormittags 10 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Dies wird zugleich den ihrem Aufenthalt nach nicht bekannten, im Hypothekenbuch eingetragenen Gläubigern, den Erben des Erbrichter Mathäus Piechatzek aus Wernersdorf, bekannt gemacht.
Hypothekenschein und Taxe sind im Rathhause in der Registratur einzusehen.
Kosel, den 5. September 1850.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.
Das unter Nr. 14 hiesiger Stadt belegene Haus, genannt „zur Hoffnung", in welchem zur Zeit die Gastwirthschaft betrieben wird, gerichtlich abgeschätzt auf 5088 Rthlr. 25 Sgr., und die dazu gehörigen Inventarienstücke auf 58 Rthlr. 18 Sgr. 6 Pf., zufolge der nebst Hypotheken-Schein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll
den 30. Dezember d. J., Vorm. 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.
Alle unbekannten Real-Prätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.
Neusalz, den 28. Mai 1850.
Königl. Kreis-Gerichts-Kommission.

Bekanntmachung.
Die hiesigen Kämmerei-Vorwerke in den mit der Stadt verbundenen Ortschaften Ober- und Nieder-Pritschen und die dazu gehörigen auf städtischem Territorio belegenen einzelnen Ackerstücke mit einem Gesammt-Areal von nahe an 1400 Morgen Ackerland, Gärten und Wiesen, geräumigen, größtentheils ganz neu erbauten Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, einer Bierbrauerei und Branntweinbrennerei nebst Inventarium, sollen mit der zuständigen Jagdgerechtigkeit und dem Getränke-Verlagsrechte in den Dörfern Ober- und Nieder-Pritschen von Johannis 1851 ab, in zwei Hauptvorwerks-Complexen und einzelnen Acker- und Wiesen-Parzellen anderweit auf zwölf Jahre verpachtet werden.
Hierzu haben wir Termin auf **den 4. Februar k. J.** und die folgenden Tage Vormittags 10 Uhr im Saale des Rathhauses angesetzt, und laden dazu qualifizirte und kautionsfähige Pachtlustige mit dem Bemerkein ein, daß die Pachtbedingungen vom 15. Dezbr. d. J. ab, täglich in unserer Raths-Kanzlei einzusehen sind.
Fraustadt, den 12. November 1850.
Der Magistrat.

Eine Wohnung
von 3 Vorder- und 1 Hinterstube mit Entree, Küche und mehreren Nebengelassen, ist in dem Hause Karlsstraße Nr. 33, dritte Etage, zu vermiethen und am 1. April 1851 zu beziehen. — Hierzu steht auf den 20. Dezember d. J. Vormittags von 11—12 Uhr im Lokale des unterzeichneten Amts (Ritterplatz Nr. 6) ein öffentlicher Bietungs-Termin an, wozu Miethslustige eingeladen werden. Die Miethsbedingungen sind hier einzusehen.
Breslau, den 20. Novbr. 1850.
Königliches Rent-Amt.

Pferde-Verkauf.
Bei den jetzt beendigten Reisen, stehen 3 bis 4 Stück überkomplette starke gesunde Arbeits-Pferde zum Verkauf bei
Wilh. Richter, Möbelwagen-Besitzer, Matthiasstraße Nr. 5.

Für Guts- und Fabrik-Besitzer.
Ein vielseitig erfahrener, durchaus zuverlässiger, verheiratheter Landwirth wünscht angemessene Anstellung als solcher, bei einer Fabrik, oder in einem sonstigen Kameralfache. Derselbe ist kautionsfähig, steht zu sofortiger Disposition und würde auch geneigt sein, in ein reeles Pacht-Verhältniß mittlerer Größe, jedoch vorzugsweise in Niederschlesien oder der Lausitz zu treten. Näheres auf geneigte Anträge durch Gefälligkeit der Herren Kaufm. A. Conrad, Herrenstraße Nr. 27 zu Breslau, oder Bürgermeister Minor in Lähn.

Börsenberichte.

Breslau, 22. November. (Amtlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96 Gld. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or — — Louisd'or 111⅙ Gl. Polnisch Courant 93¾ Br. Oesterreichische Banknoten 78 Gld.. Seehandlungs-Prämien-Scheine 114 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 99¼ Br. Neue Staats-Anleihe 4½ % — — Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 78¼ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % — — Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 98 Br., neue 3½ % 85¼ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 90 Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 98 Gld., Litt. B. 4 % 96¼ Br., 3½ % — — Alte polnische Pfandbriefe 92½ Br., neue $92\frac{1}{12}$ Br. Polnische Schatz-Obligationen 75 Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. — — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 68½ Br., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 99¼ Br., Litt. B. 98 Br. Krakau-Oberschlesische 56½ Br. Niederschlesisch-Märkische 75 Br., Priorität 5 % — — Serie III. — — Neisse-Brieger 30½ Br. Köln-Mindener — — Priorität — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 30½ Br.

Berlin, 21. November. Auf die Berichte aus Wien war die Börse in schwankender Haltung und Course größtentheils matter.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 86½ à 86 bez., Priorität 5 % 96 bez. und Br. Krakau-Oberschlesische 4 % 55 etwa bez., Priorität 4 % — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % — — Priorität 5 % 90 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 73 à ½ bez., Priorität 4 % 86¼ Gld., Priorität 5 % 93 Gld., Serie III. 5 % — — Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 3½ % 99 à 98½ bez., Litt. B. 3½ % 97 à 95½ bez. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 99½ bez. und Gld. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 79¼ à 79 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine — — Posener Pfandbriefe 4 % 97 Gld., 3½ % 85 bez. Preußische Bank-Antheile 84 à 83 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94½ Br., neue 4 % 92 Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 76½ bez. und Br., à 300 Fl. 134 Gld.

Wien, 21. November. In Folge besserer Frankfurter und Berliner Notirungen war die Stimmung für Fonds und namentlich für Eis.-Aktien sehr willig und sind Gloggnitzer um 4 %, Nordbahn um 1½ % gestiegen. Wechsel wurden um ca. 1 % niedriger abgegeben, schließen jedoch wieder fester. Silber preishaltend.

5 % Metalliques 92⅞ bis 93, 4½ % 81 bis ⅛; Nordbahn 111⅞ bis 112⅛: Hamburg 2 Monat 191; London 3 Monat 12. 43.; Silber 129.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.